

# Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur: Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Blücherstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrenstraße Nr. 11, sowie durch alle Auszubehörer zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

### Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsgesellschaft des „Volksrecht“ Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141, Postfach-Routen: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf., auswärtig 12 Pf., Anzeigen unter Tag; 20 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das selbe Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

## Volksentscheid am 13. Juni?

### Ein demokratischer Abänderungs-Antrag ohne Mehrheit.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der Aeltestenrat des Reichstages hat am Dienstag auf Antrag des Reichstagspräsidenten Genossen Löbe beschlossen, den Gesetzentwurf auf Entschädigungslose Enteignung der Fürsten als letzten Punkt auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung zu setzen und die ersten beiden Lesungen des Gesetzes zu erledigen. Da alle Parteien auf die sonst üblichen Kommissionsberatungen verzichteten, ist es nicht ausgeschlossen, daß auch die dritte Lesung noch in dieser Woche vorgenommen wird und mit der zu erwartenden Ablehnung des Gesetzes durch den Reichstag der Weg für den Volksentscheid frei ist. Es liegt dann bei der Regierung, einen Termin festzusetzen. Vorläufig spricht man von dem 13. Juni; ein entsprechender Antrag des Reichsinnenministers liegt dem Kabinett bisher noch nicht vor, aber es ist anzunehmen, daß der Volksentscheid an dem zweiten oder dritten Sonntag im Juni vor sich geht.

Es ist eine andere Frage, ob bis dahin das bürgerliche Abfindungskompromiß vom Reichstag verabschiedet ist. Das Zentrum wünscht seine Erledigung jedenfalls unter allen Umständen noch vor dem Volksentscheid. Aber die Aussichten hierfür sind mehr als gering, und erst am Dienstag hat sich gezeigt, daß für den Entwurf vorläufig im Rechtsausschuß nicht einmal eine einfache Mehrheit zu haben ist. Wo soll da die von der Regierung für erforderlich erachtete Zweidrittelmehrheit herkommen? Der deutschnationalen Abgeordnete Everling ist zwar über Nacht zum Verteidiger des Kompromisses geworden und hat dadurch den Abfindungsplänen der Regierungsparteien einen sehr schlechten Dienst erwiesen, aber selbst wenn die Deutschnationalen Fraktion dem bürgerlichen Kompromißentwurf zustimmen sollte, langt das bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstag nicht zu einer Zweidrittelmehrheit. Die Sozialdemokratie kann dem Kompromiß in seiner jetzigen Fassung unmöglich zustimmen, und da die Regierungsparteien bisher wie auf Befehl alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge abgelehnt haben, stellen sie selbst die Möglichkeit, eine Zweidrittelmehrheit für ihren Abfindungsentwurf zu erhalten, in Frage. Praktisch erweisen sie so den Fürsten und den deutschnationalen Fürstenverteidigern einen großen Dienst; denn sie gehen offensichtlich darauf hinaus, die Verabschiedung des Fürstenkompromisses in der Hoffnung zu verzögern, daß der Volksentscheid nicht die erforderliche Mehrheit findet. Das Ziel des Zentrums, durch eine schnelle Entscheidung über die Abfindungsfrage die erregten Gemüter im Lande zu beruhigen, wird infolgedessen in sein Gegenteil verkehrt: die Aussichten für den Volksentscheid wachsen immer mehr!

Die Demokratische Fraktion hat in Anbetracht der völlig verfahrenen Lage und der augenblicklichen Aussichtslosigkeit im Rechtsausschuß des Reichstages zu einer zufriedenstellenden Lösung der Abfindungsfrage zu gelangen, am Dienstag beschlossen, zu dem Gesetz auf entschädigungslose Enteignung einen Abänderungsantrag im Reichstag einzubringen. Dieser Antrag würde im Falle seiner Annahme ebenfalls mit zum Volksentscheid gestellt werden. Er will die Länder verpflichten, den Fürsten lediglich eine Abfindungssumme zu zahlen, die eine angemessene Lebensweise ermöglicht. Dabei soll es den Ländern freigestellt werden, ob diese Abfindung in Kapital oder Land erfolgt.

Vorläufig ist es zweifelhaft, ob der demokratische Antrag im Reichstag eine Mehrheit findet. Der Reichsinnenminister und mit ihm die Demokratische Fraktion sind der Auffassung, daß der Abänderungsantrag mit einfacher Mehrheit angenommen werden kann, da er nicht verfassungsändernd ist. Das Zentrum ist in dieser Frage mit sich selbst noch nicht einig, während die Volkspartei und die Deutschnationalen natürlich eine Zweidrittelmehrheit für erforderlich halten. Sie glauben, auf diese Art die Annahme des Abänderungsantrages verhindern zu können, er würde damit nicht zum Volksentscheid gestellt werden.

Die Möglichkeit der Annahme des Demokratischen Antrags mit einfacher Mehrheit würde gegeben sein, wenn das Zentrum, die Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten für ihn stimmten. Die für eine Zweidrittelmehrheit erforderliche Stimmenzahl wäre jedoch nur mit Einschluß der Deutschen Volkspartei zu erreichen. Es ist aber anzunehmen, daß die Kommunisten nicht zu einer Annahme durch einfache Mehrheit beitragen werden, wie die Volkspartei nicht bereit sein dürfte, eine Zweidrittelmehrheit herstellen zu helfen.

Die weitere Entwicklung der Lage ist vorläufig abzuwarten. Ihr gegenwärtiger Stand aber beständig, wie berechtigt und notwendig die einfache Lösung, der von der Sozialdemokratie beantragte Volksentscheid ist.

Die Regierungsparteien treten heute vormittag zusammen, um sich noch vor Zusammenritt des Plenums über die weitere Behandlung ihres Fürstenabfindungskompromisses schlüssig zu werden. Die Initiative zu diesen Verhandlungen geht vom Zentrum aus. Den eigentlichen Anlaß gab vor allen Dingen der Beschluß der Demokratischen Fraktion von Dienstag abend, zu dem Gesetz auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten einen Abänderungsantrag zu stellen, der in seiner praktischen Auswirkung weit über das bürgerliche Abfindungskompromiß hinausgeht.

Die bürgerlichen Parteien setzen dem Ausgange ihrer heutigen Verhandlungen selbst sehr pessimistisch entgegen. Es ist bezeichnend, daß zum Beispiel nicht nur die „Germania“ von einer Gefährdung der Regierungskoalition spricht, sondern auch Stresemanns „Tägliche Rundschau“ für den Fall, daß die Demokraten auf ihrem Antrag bestehen, „innerpolitische Komplikationen ersterer Art“ als wahrscheinlich in Aussicht stellt. Die „Germania“ stellt fest, daß die Zentrumsfraktion den Antrag der Demokraten nicht annehmen wird, und das Gleiche betrachtet die „Tägliche Rundschau“ für die Volkspartei als selbstverständlich.

Die „Germania“ bestätigt, „daß auch im Lager der Regierungsparteien der Wille, schnell eine annehmbare Lösung zu finden, nicht allgemein ist. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben keinen Hehl daraus gemacht, daß ihnen an einer Beschleunigung der Arbeiten des Rechtsausschusses nicht viel liegt.“ Wahrscheinlich ist, daß man in dieser verfahrenen Situation den Reichstanzler wieder einmal als letzte Rettungssituation ansieht, um dann „geeignet“ (vielleicht unter Zurückziehung des

demokratischen Antrages!) im Rechtsausschuß des Reichstages die Beratungen über das Fürstenkompromiß neu aufzunehmen und sich früher schon bei den ersten Abstimmungen wieder auseinander zu manövrieren.

Im Rechtsausschuß des Reichstages entspann sich am Dienstag bei der Weiterberatung des Fürstenkompromisses eine scharfe Auseinandersetzung über einen Zusatzartikel der Regierungsparteien zum § 4, dem folgende Bestimmung angefügt werden sollte:

„In die Auseinandersetzungen können jedoch Vermögensstücke insoweit nicht einbezogen werden, als sie durch eine Gesamtauseinandersetzung zwischen dem Fürstenhaus und einem anderen Lande, in dem es regiert hat, bereits zwischen den Parteien aufgeteilt sind.“

Abg. Neubauer (Komm.) bekämpfte den Antrag, da es sich lediglich um eine Konzession an Bayern und den Coburger Herzog handle.

Auch der thüringische Finanzminister erklärte, daß die thüringische Regierung mit diesem Antrage nicht einverstanden sei, da sich nicht absehen lasse, welche Folgen er für Thüringen haben könne. Der Vertreter Bayerns trat für den Zusatzantrag ein.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erhob im Namen der Sozialdemokratie die größten Bedenken gegen die neue Bestimmung, die nur wieder Bayern von der Wirkung des Kompromisses ausnehmen sollte.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.) und Abg. Schulte (Ztr.) traten für den Antrag ein. Ohne den Zusatzantrag bestehe die Möglichkeit, daß dem Lande Thüringen Güter und Schöler zugesprochen würden, die auf Coburg, also auf bairisches Gebiet, liegen. Abg. Dr. Everling (Dnat.) trat ebenfalls für den Zusatzantrag ein und gegen die deutschnationalen thüringische Regierung auf, deren Rechtsanschaungen sich nicht mit denen der Deutschnationalen Fraktion deckten.

Abg. Rosenfeld (Soz.) stellte fest, daß Dr. Everling jetzt zum erstenmal als Verteidiger des Kompromisses aufträte. Das Charakterisiere das Kompromiß am allerbesten. Abg. von Rühlmann (Dem.) zog darauf seine Unterschrift von dem Antrage zurück, nachdem er herausgefunden habe, daß die Länder Bayern und Thüringen nicht einig seien. Durch Mehrheitsbeschluß wurde die Abstimmung über § 4 und den Zusatzantrag ausgesetzt.

Der Ausschuß wandte sich dann der Beratung des § 5 zu, der die Grundzüge festlegt, nach denen Staatseigentum und Privateigentum der Fürsten auseinandergehalten werden sollen. Abg. Graf Diercksdorf (Dnat.) erklärte diese Grundzüge für überflüssig; das Sondergericht müsse freie Hand haben. Demgegenüber wies Abg. Rosenfeld (Soz.) darauf hin, daß die Gerichte bereits hinlänglich gezeigt hätten, aus eigenem das richtige Recht nicht finden zu können. Es müsse vielmehr noch klarer zum Ausdruck gebracht werden, daß im Zweifelsfall alles Staatseigentum sei. Die entsprechenden sozialdemokratischen Anträge wurden jedoch abgelehnt, ebenso der Antrag der Deutschnationalen auf Streichung der Richtlinien des § 5.

Vor der Gesamtabstimmung erklärte Abg. Rosenfeld (Soz.), daß die Sozialdemokraten nach Ablehnung ihrer Verbesserungsanträge gegen den § 5 stimmen werden. Darauf wurde die Abstimmung auf Antrag der Kompromißpartei ausgesetzt. Der Ausschuß vertagte sich auf Mittwoch vormittag.

## Deutschland und Polen.

Die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wird jetzt für den 20. Mai angekündigt. Die langen Forderungen, die zwischen Materialüberreichung und Zusammenkünften der Delegationen in diesen Verhandlungen üblich geworden sind, erinnern an ein altes Witzwort. Ein bekannter Berliner Großindustrieller und ein ebenso bekannter Bankdirektor kommen bei einer geschäftlichen Verhandlung zu keinem Ergebnis. Der eine schlägt Verrückung vor und fragt nach dem nächsten geeigneten Termin. „Heute haben wir den 27. April“, meint darauf der andere, „in diesem Monat wird es nicht mehr gehen, im nächsten bin ich verreist, Juni ist ungeeignet, weil da dringlichere Geschäfte kommen, ich schlage den 25. Juli vor, vielleicht nachmittags!“, „25. Juli“, der andere bläht in seinem Kalender, „da kann ich nachmittags nicht, da habe ich eine Beerdigung!“

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen dauern, alle Vorverhandlungen eingerechnet, jetzt fast 1 1/2 Jahre, ohne vom Ziel zu kommen. Innerhalb der polnischen Grenzen leidet darunter am schwersten die ostoberschlesische Industrie, während die landwirtschaftlichen Exportindustrien sich provisorisch mit einer Getreidevalorisierung durch den Staat und einer großen Gelegenheitsausfuhr nach Skandinavien noch zu helfen wußten. Innerhalb der deutschen Grenzen ist die Wirkung des Zollkrieges am empfindlichsten für die ostdeutsche verarbeitende Industrie zu spüren, also vor allem für die Qualitätsindustrie in Schlesien. Daß auch Handel und Verkehr des deutschen Ostens schwer darunter leiden, haben erst kürzlich die Erklärungen der Reichsbahn über den ostdeutschen Verkehrsstillstand und die kritischen Bemerkungen des Breslauer Handelskammer-Organs über die Vertragsverhandlungen gezeigt. Auf beiden Seiten der Grenze gibt es aber auch Interessen der Fortführung des Zollkrieges. Ein Teil der verarbeitenden Industrie in Polen, der in der sogenannten „Devilthar“-Organisation der polnischen Industrie eine einflussreiche Rolle spielt, fürchtet die Konkurrenz deutscher Fertigerwaren, ein Teil des polnischen Handels wehrt sich gegen das freie Niederlassungsrecht, das das Deutsche Reich für seine Kaufleute verleiht. Ein Teil der polnischen Landwirtschaft wünscht die Liquidierung des früheren deutschen Grundeigentums zunächst zu Grunde zu führen, ohne Konzessionen in dieser Frage gegen Nachgiebigkeit in Handelsvertragspunkten austauschen zu müssen. Auf deutscher Seite wehrt sich nach wie vor die deutsch-oberschlesische Berg- und Hüttenindustrie, soweit sie nicht Betriebe auf beiden Seiten der Grenze besitzt, gegen die Bewilligung irgendwelcher ernsthafter Einfuhr-Erlaubnisse für ostoberschlesisches Eisen und

ostoberschlesische Kohle. Ihre indirekte Schädigung durch die Krise der deutschen verarbeitenden Industrie sucht sie durch Staatshilfe auszugleichen, wie sie der deutsch-oberschlesischen Eisenindustrie inzwischen ja auch in Gestalt eines sehr verbilligten Kredits der Preussischen Staatsbank zugute kam. Die ostdeutsche Landwirtschaft aber wehrt sich gegen jede Ermöglichung der Einfuhr von billigen polnischen Lebensmitteln.

Man wird die Politik dieser Gegner jeder deutsch-polnischen Wirtschaftsverständigung in beiden Staaten nur aus der Wahrnehmung ihrer Augenblicks-Interessen heraus erklären können. Daß auf die Dauer jeder Wirtschaftsaustausch über eine rund 1000 Kilometer lange Grenze nur unter schwerster Schädigung der Grenzgebiete unterbunden werden kann, das haben schon die Wirkungen des deutsch-polnischen Schutzkämpfers vor dem Kriege, das haben in verstärktem Maße die Ergebnisse des zweijährigen Zollkrieges von 1921 bis 1923 zwischen Deutschland und Polen deutlich genug gezeigt. Trotzdem wird man den neuen Verhandlungen leider nicht mit günstigen Erwartungen entgegensehen können.

Die offiziös informierten Stimmen auf beiden Seiten verweisen nur auf den Zwang, der das andere Land zum Entgegenkommen treiben müsse. Der Wunsch der notleidenden deutschen Wirtschaftskreise, sowohl aus dem Unternehmer- wie aus dem Arbeiterlager, die Frage der Liquidation deutschen Eigentums vor den Handelsvertragsverhandlungen zu trennen, da diese wirtschaftlich auch für das Grenzlandsdeutschtum viel wichtiger seien, war zunächst durch eine beruhigende Erklärung beantwortet worden, zu deren Vermittler an die Öffentlichkeit sich der gewerkschaftliche Berater der deutschen Delegation, W. Eggert (Berlin), machte. Kaum ist dieser zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz nach Genf abgereist, da erscheinen neue Meldungen, aus denen hervorgeht, daß er unrichtig informiert worden war: die Liquidationsfrage bleibt für die deutschen Unterhändler mit der Handelsvertragsfrage verbunden. Auf polnischer Seite hatte mit besonderem Nachdruck und Gehiß der Arbeitervertreter Dr. Diemann die Tendenz zu ehrlöcher Verfüngung vertreten. Von ihm kommt zum Beispiel ein beachtenswerter Vorschlag für Sicherung Deutschlands gegen polnische Ausnutzung des Holzstumpes zu Schändelkonturrenz, an der ja auch die polnischen Arbeiter nicht interessiert sind. Inzwischen sind die polnischen Sozialisten aus der Warschauer Regierung ausgeschlossen, wodurch der Einfluss Dr. Diemanns auf die polnische Delegation vermindert sein dürfte. Immerhin bleibt er Delegationsmitglied während auf deutscher Seite keiner der Interessenten der beteiligten Arbeiter- und



Unternehmertum zu den Verhandlungen selbst zugezogen wird. Die Berater der Delegation werden anscheinend nur dann verständigt, wenn sie die diplomatische Leitung der Verhandlungen in den ihnen nächststehenden Kreisen verteidigen sollen. Wie schlecht sie dabei unterrichtet werden, zeigt das angeführte Beispiel der falschen Information über die Verbindung von Liquidationsfrage und Handelsvertrag.

Auch die weltpolitischen Voraussetzungen der Verständigung haben sich in den letzten Wochen nicht verbessert. Der Abschluss des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages hat in Warschau das Vertrauen gegen Deutschland eher verhärtet als vermindert. Auf deutscher Seite scheint er in gewissen politischen Kreisen die Meinung verfestigt zu haben, daß Polen gegenüber auf das hohe Ross zu setzen. Da inzwischen die russisch-polnischen diplomatischen und Wirtschaftsverhandlungen fortgesetzt werden, bedeutet das ein nicht ungefährliches Wachen der Abhängigkeit der deutschen Politik von der russischen in Ostfragen. Mit dem Abschluß der russisch-polnischen Verständigung muß das Warschauer Interesse an deutsch-polnischen Ausgleich sinken, schon weil zum Teil entgegengesetzte politische Kreise in Polen auf die Annäherung an den westlichen und an den östlichen Nachbar drängen. Gesehen an der bisher sehr schwierigen russisch-polnischen Verständigung nach den letzten Erklärungen der Warschauer Diplomaten immerhin noch bequemer als die Einigung zwischen Warschau und Berlin, so werden die polnischen Befürworter eines Wirtschaftsausgleichs mit Deutschland notwendigerweise im eigenen Land noch mehr ins Hintertreffen geraten.

Um so notwendiger ist es, daß alle deutschen Wirtschaftskreise sich in den nächsten Wochen rühren, die erkannt haben, welche soziale und nationale Bedeutung der deutsch-polnische Wirtschaftsausgleich für den deutschen Osten hat. Die Abhängigkeit von polnischen Landwirtschaftsprodukten hat die Einfuhr von 130 000 polnischen Wanderarbeitern zur Folge gehabt, die bei einer Umstellung der ostdeutschen Landwirtschaft auf international-konturrenzfähige Produktion nicht notwendig gewesen wäre. Die Währungs- und Zöllexemptions von seinen natürlichen Wirtschaftsbindungen zum Deutschen Reich hat alle Folgen der unnatürlichen Grenzziehung für das Deutschtum im neupolnischen Gebiet auf das fürchterlichste verschärft. Die Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch den Fortfall der Ausfuhr nach Polen hat nach der unwiderlegten Berechnung des Gewerkschaftsführers Simon im Reichstag allein 80 000 deutsche Arbeiter im Reich — vorwiegend im Osten — ohne gemacht, wodurch die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Widerstandskraft des deutschen Ostens schwerer erschüttert wird, als das durch den ungünstigsten Teil der Folgen eines regelmäßigen deutsch-polnischen Wirtschaftsausgleichs je geschehen kann. Der neu gegründete Ostauschuß des Reichstages ebenso wie sein Handelspolitischer Ausschuß sollten sich der Erkenntnis dieser Zusammenhänge zuwenden und die weitere Verschleppung der Verhandlungen endlich einmal unter parlamentarische Kontrolle nehmen!

## Strefemann und Tschischerin über ihren Vertrag.

Die Reichsregierung hat jetzt auch den nach der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages zwischen Strefemann und Tschischerin erfolgten Telegrammwechsel der Öffentlichkeit übergeben. Aus ihm ergibt sich, daß Strefemann nach Moskau brachste:

„Ich bin der festen Zuversicht, daß der geschlossene Vertrag dem Zweck gerecht werden wird, dem zu dienen er bestimmt ist: auf der durch den Rapallo-Vertrag geschaffenen Grundlage durch freundschaftliches und friedliches Zusammenwirken beider Völker an der Befestigung des Weltfriedens mitzuarbeiten.“

In der Antwort Tschischerins heißt es: „Ich freue mich, feststellen zu können, daß die Besprechungen, die ich im vorigen Jahre mit dem Reichsminister und mit Ihnen gehabt habe, zu einem positiven und hocharbeitlichen Ergebnis geführt haben. Wir fassen unseren Vertrag als ein Werkzeug des Weltfriedens, das zur Befestigung des Weltfriedens beitragen soll.“

Reichsaussenminister Dr. Strefemann äußerte zu dem Berliner Vertreter der amerikanischen Hearst Presse in einem Interview, der Vertrag bedeute einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befriedung Europas. Die kritischen Ausführungen der Presse verschiedener Länder führe er auf innerpolitische Beweggründe zurück. Andere Gründe für die Kritik könne er sich nicht vorstellen. (!) Ebenfalls könne er sich die Befürchtung erklären, die von amtlicher Seite in gewissen Locarno-Staaten zum Ausdruck komme. Insbesondere habe Polen keine Veranlassung, sich bedroht zu fühlen. Der Vertrag sei im Gegenteil eine bessere Sicherung des Friedens für Europa und kommt auch für Polen, als die polnischen Truppen, die an der russischen Grenze hielten. Auf weitere Fragen äußerte Dr. Strefemann aus, er sehe keine Veranlassung zu einer erneuten Debatte über den Artikel 16, über den in Locarno eine Einigung erzielt worden sei, die alle Vertragsparteien genüge. Es stehe heute noch dahin, ob sich eine einzelne gehende Präzisierung der Pflichten und Rechte aller Bundesmitglieder für jeden nurdenkbaren Fall als technisch möglich erweisen

werde. Auf die Frage, ob vom Abschluss des Vertrages eine Stärkung der österrussischen Beziehungen Russlands zu beklagen sei, erklärte Dr. Strefemann, er wolle umgekehrt annehmen, daß die Brücke von Berlin nach Moskau die Friedensbrücke von Locarno nur ergänze und verstärke.

## Polnische Stimmen zum deutsch-russischen Vertrag.

Der Warschauer polnischen Regierungskreisen nachstehende, „Gazeta“ schreibt: „Es wäre schwer anzunehmen, daß England und Frankreich einen Vertrag ruhig hinnehmen würden, der Deutschland von jeglichen Verpflichtungen des Artikels 16 des Völkerbundespactes befreien würde. Gewiß hat England in Locarno, und zwar auch erfolgreich, gewisse Einschränkungen der Verpflichtungen des Artikels 16 für Deutschland unterstellt. Es wäre jedoch weit gefehlt, anzunehmen, daß England einer Interpretation des Artikels 16 auf Grund der Deutschland von jeglicher Teilnahme an einem im Namen des Völkerbundes unterzeichneten Krieges befreien würde, oder gar Deutschland nicht verpflichten würde, an einem Wirtschaftsbündnis des Völkerbundes gegenüber Russland teilzunehmen. Das deutsche Spiel geht von der Voraussetzung aus, daß England um jeden Preis die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wünscht und ein Lebensinteresse daran hat, und aus diesem Grunde sämtliche deutschen Forderungen hinunterzuschließen muß. Es ist anzunehmen, daß England und Frankreich das deutsche Spiel mit einer gewissen Skepsis beurteilen werden und dadurch die Pazifizierung Europas durch die Schuld Deutschlands eine abermalige Verzögerung erleiden wird.“

Die mittelparteiliche „Nowa Reforma“ bezeichnet den deutsch-russischen Vertrag als ein Problem von ersterklassiger Bedeutung für Polen. Ueber Deutschland wird es nach dieser neuen Interpretation der Neutralität Deutschlands gegen Russland unmöglich sein, irgend welche Hilfe von dem Bundesgenossen Polens, von Frankreich, zu erlangen. Selbst wenn der Völkerbund Polen durch Boykottmaßnahmen gegen Russland unterstützen wollte, so würden diese Maßnahmen durch die deutsche Wirtschaft verhindert werden. Da die Locarnoverträge Deutschland unantastbar im Westen garantieren, würde Frankreich keinerlei Druckmittel besitzen, um Deutschland zur Änderung seiner Stellungnahme zu bewegen. Im Endresultat würde Polen im Falle eines Krieges mit Russland vollkommen vom Westen abgegrenzt sein, auf eigene Kräfte und nur auf die Hilfe eventueller Bundesgenossen im Osten angewiesen sein. Es ist dringend erwünscht, daß die innerpolitischen Verhältnisse dem polnischen Außenminister eine Konzentrierung auf diese wichtige Frage gestatten würden.

## Akritik aus dem Völkerbundssekretariat.

Eine offiziöse Mitteilung aus Völkerbundsreisen, die von der Schweizerischen Delegationenur verbreitet wurde, anerkennt die diplomatischen Schwierigkeiten aus der geographischen Lage Deutschlands, glaubt allerdings, daß das Scheitern der März-Lagung eine Annäherung Deutschlands an Russland begünstige, schließt aber nach mancherlei Bedenken mit der Feststellung, die Aufnahme Deutschlands sei in keiner Weise durch diesen Vertrag in Frage gestellt. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß nach Schaffung der Kleinen Entente der Gruppe der Locarno-Mächte, dem russisch-türkischen Vertrag und dem deutsch-russischen Vertrag sich Bündnisse ergeben, die der Erhaltung des Völkerbundes gefährlich werden könnten. Kein theoretisch sei die Neutralitätsklausel des deutschen Russenvertrages mit Locarno und den Völkerbundsabmachungen durchaus vereinbar; praktisch könne aber eine Rahmabmachung des Völkerbundes aus diesem Vertrage dann entstehen, wenn Russland mit Polen oder Rumänien in einen Krieg gerate.

## Scharfe französische Kritik.

Paris, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Eindruck, den hier der deutsch-russische Vertrag hervorgerufen hat, ist als ein ungünstig zu bezeichnen. Man hat hier offenbar eine andere Fassung der Bestimmungen über die gegenseitige Neutralität erwartet. Man bewundert weniger die Ehrlichkeit der Absichten der deutschen Regierung als man befürchtet, daß Russland den deutsch-russischen Vertrag in seinen Kämpfen gegen den Völkerbund als willkommene Waffe auszunutzen und Deutschland zwingen werde, das Spiel der russischen Politik mitzumachen. Aus diesem Grunde sieht man in dem Vertrage in erster Linie einen Erfolg für die russische Diplomatie, den auszunutzen diese nicht unterlassen werde.

Der „Temps“ bezeichnet den deutsch-russischen Vertrag am Dienstagabend im Gegenfall zu seinen früheren maßvollen Ausführungen zu diesem Gegenstand als einen Rückvertragsvertrag, der im Hinblick auf Locarno abgeschlossen worden sei. Das Wort definiert die dadurch geschaffene Situation folgendermaßen: Wenn Polen oder Rumänien von Sowjetrussland angegriffen und bei dem Völkerbund gegen dieses die Anklage eines eklatanten Angriffes richten werde, um eine Gelamaktion des Völkerbundes herbeizuführen, so werde Deutschland sich nur dann verpflichtet halten, an dieser Aktion teilzunehmen, wenn es selbst die Anklage für berechtigt halte. Der Versuch, die Neutralitätsklausel des deutsch-russischen Vertrages mit den Verpflichtungen Deutschlands als Völkerbundsmitglied anzuhängen, zu verteidigen, bedeute Feuer und Wasser verheiraten zu wollen.

## Die Landarbeiternot im Landtag

In der Fortführung der Beratung der Landwirtschaftsverwaltung nach am Dienstag im Preussischen Landtag

### Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

das Wort. Er teilte unter anderem mit, daß mit jugendlichen Erbsen in der Landwirtschaft gute Erfahrungen gemacht wurden. Die Zahl der ausländischen Arbeiter habe abgenommen (?), ganz könne er nicht bestätigt werden (!). Die Anwerbung ausländischer Landarbeiternot sei jetzt geregelt. Gelegliche Maßnahmen zum Zwecke der zwangsweisen Festhaltung der Arbeitskräfte auf dem Lande könne er nicht befürworten.

### Abg. Brandenburg (Soz.):

Im Dezember 1925 betrug der Monatslohn eines Deputanten, also eines verheirateten landwirtschaftlichen Arbeiters (Naturallohn und Barlohn zusammen), in Ostpreußen 50,50 Mk. (Hört, hört!). Ostpreußen folgen Schlesien, Hessen-Nassau, Pommern und Brandenburg. Es folgen Hannover, Schleswig-Holstein und die Provinz Sachsen mit 72 Mk. Demgegenüber steht der Bezirk Bielefeld, also die Provinz Westfalen, wo der Lohn 92,16 Mk. beträgt, das ist das Doppelte von Ostpreußen.

Im Laufe der letzten Monate wurde immer häufiger festgestellt, daß Entlassungen von Landarbeitern erfolgen, weil diese sich weigern, Jahresverträge, die eine vierteljährliche Kündigungsklausel vorsehen, zu unterschreiben. Die Unternehmer bestehen auf dem Unterschreiben solcher Verträge, um sich von den Beiträgen für die Erwerbslosenversicherung zu drücken.

Brandenburg weist darauf hin, daß über 80 000 ausländische Landarbeiter den Winter über in Deutschland durchgehalten wurden, während Tausende und Abertausende arbeitsloser deutscher Landarbeiter ohne Brot sind. In Pommern gibt es 40 000 Arbeitslose; trotzdem sind dort 25 000 ausländische Arbeitskräfte angefordert und 20 000 bewilligt worden. Deshalb liegen die Dinge in den übrigen Provinzen stillstehen.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde von keiner Seite der erstfahrende Versuch unternommen, die beweiskräftigen Zahlen des Abgeordneten Brandenburg zu widerlegen.

Mittwoch: Weiterberatung.

## Das Gemeindebestimmungsrecht vor dem Reichstagsauschuß.

Der Haushaltsauschuß des Reichstages begann am Dienstag die allgemeine Aussprache über das kommende Reichsgesetz gegen den Alkoholmißbrauch, verbunden mit einer Stellungnahme zu den Vorschlägen auf Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes.

Abg. Solmann (Soz.) wandte sich gegen die maßlose Agitation des Ausschusses gegen das Gemeindebestimmungsrecht, der durch Uebertreibungen die Bevölkerung glauben machen wolle, daß das Gemeindebestimmungsrecht die Trockenlegung Deutschlands bedeute. Er müsse den schärfsten Widerspruch dagegen erheben, daß das Gemeindebestimmungsrecht und die Trockenlegung Deutschlands als ein und dasselbe hingestellt werden. Ueber die Zunahme des Alkoholverbrauchs führte Solmann unter anderem folgende Zahlen an: Es kam hier auf den Kopf der Bevölkerung: 1918: 103 Liter, 1920: 34 Liter, 1924: 61 Liter, 1925: 74 Liter. Die Vorkriegshöhe werde also bald wieder erreicht sein. Der Schnapsverbrauch beschränkte sich 1913/14 auf 2,6 Liter, 1918/19: 0,2 Liter, 1923/24: 0,6 Liter, 1925/26: 0,9 Liter. Viele Millionen Liter Schnaps werden außerdem von der Statistik nicht erfaßt! Ein Beweis für die zunehmende Alkoholverbrauch sei das Wachstum der Zahl der Kranken in den Irren- und Krankenhäusern. Von der Reichsregierung müsse zunächst einmal die Vorlage eines Entwurfes eines Gemeindebestimmungsrechtes verlangt werden. Abg. Solmann legte selbst einen Entwurf vor, der folgenden Wortlaut hat:

Auf Verlangen von einem Fünftel der zur Gemeindeberechtigten Mitglieder einer Gemeinde, in der mehr als ein Schanklokal vorhanden ist, oder eines Gemeindebezirks, in dem mehr als ein Schanklokal vorhanden ist, ist in der Gemeinde oder in dem Gemeindebezirk darüber abzustimmen, ob in der Gemeinde oder in dem Gemeindebezirk 1. für neu zu errichtende Gast- und Schankwirtschaften die Erlaubnis, geistige Getränke auszuschenken, erteilt werden darf oder nicht; 2. die Erlaubnis, geistige Getränke auszuschenken, im Falle des Bestwechels erneuert werden darf oder nicht, so lange mehr als eine Schankstätte auf 500 Gemeindeglieder in der Gemeinde oder in dem Gemeindebezirk entfällt; 3. das Ausschütten und Verabfolgen von Branntwein a) nur im Kleinhandel oder b) nur in Gast- und Schankwirtschaften oder c) in Gast- und Schankwirtschaften und im Kleinhandel verboten werden soll; 4. die Vollstreckung weiteren Einschränkungen als den behördlich angeordneten unterworfen werden soll.

In der weiteren Aussprache traten Abg. Dr. Mumm (Dnat.) und Frau Aeschke (Komm.) für die Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes ein, während sich die Abg. Schaul (Dnat.), Andre (Ztr.), Sudjahn (Dnat.), Nolte (Ztr.), Kaus (Bayr. Vp.) und Dr. Wides (D. Vp.) für die Forderungen dagegen aussprachen. Abg. Dr. Moses (Soz.) erklärte, der Ruf „Nieder mit dem Gemeindebestimmungsrecht!“ genüge nicht, es müsse mindestens etwas Besseres vorgebracht werden. — Weiterberatung Mittwoch.

## Der Bürge.

Roman von L. H. Hall Caine.

38]

Greeba fühlte einen Stich im Herzen, wie sie das hörte; denn sie sah mit großer Befürchtung dem Empfang entgegen, der ihrer wartete.

Es ging gegen Mittag. Die Männer befanden sich noch draußen auf den Feldern. Frau Fairbrother war zu Hause und sah die drei das Tor öffnen und unter den Ähren zum Hause heranschreiten.

„Das dachte ich mir,“ sagte sie bei sich selbst. „Ich wette, ich weiß auch, was sie wollen.“

Adam betrat das Haus mit so heiterer Miene als möglich. Es wurde ihm aber schwer, seine Töchter zurückzuhalten, und er begrüßte seine Frau in ungewohntem Tone, trotzdem seine Stimme zu verhalten drohte. Dann ließ er sich auf seinen alten Stuhl am Kamme nieder, den Schwarzbrot über seinen Knien und seine Hände darauf. Frau Fairbrother über erwiderte seinen Gruß nicht. Sie blinzelte nur flüchtig von ihm auf Greeba, die beharrlich hinter ihm herkam, und von dieser auf Gabe, der hinter den beiden heranschritt und sich gedankenlos in den Haaren kratzte, dann richtete sie sich empor und sagte, während ihr eingelegtes Gesicht noch rötlicher wurde, lächelnd:

„Und bitte, welcher der Wind weht dich her?“

„In der Tat, ein böser Wind,“ antwortete Adam. „Du wirst von meinem Unglück gehört haben. Die ganze Welt weiß es davon. Ich will jedoch nicht murren; denn Gott führt uns unsere Wege, und er weiß was uns am besten ist. Aber ich bin jetzt ein alter Mann, Ruth, kaum fähig, für mich selbst zu sorgen, noch weniger für andere; und —“

Während er sprach, trommelte Frau Fairbrother rasend auf den Fingern auf dem Tisch und warf dann plötzlich den Blick:

„Was ist das, Sir? Was willst du?“

„Schweig! Ich habe auf und antwortete dann ganz ruhig: Ich will heimkommen, Ruth.“

„Hör!“ sagte darauf die Frau. „Und in welches Heim, wenn ich bitten darf?“

„Wann hast einen Augenblick mit offenem Munde sprachlos da. Dann sagte er ruhig wie zuvor: „In welches Heim? Nun, natürlich in dieses.“

„In dieses, wirklich? Aber dieses ist nicht Euer Heim, Sir!“

„Nicht mein Heim!“ sagte Adam langsam und tief, wie vom Blitz getroffen, in seinen Sessel zurück. „Nicht mein Heim — sagst du? Dies ist nicht mein Heim?“ rief er plötzlich aufstehend. „Wohin, ich bin hier geboren und mein Vater vor mir und meines Vaters Vater. Hund Generationen meiner Familie haben hier gelebt und sind hier gestorben. Jeder Daßbakter über seinem Kopf gibt Zeugnis davon.“

„Pappertapapp!“ rief er jetzt Frau Fairbrother. „Und wenn du noch ein wenig länger hier gelebt hättest, so würde kein Balken mehr über dir geliehen sein aus dem Döckel. Nein, Herr! Ich habe das Dach dieses Hauses selbst gehalten, und mir gehört es.“

„Gewiß, es gehört dir,“ sagte Adam langsam, „denn ich kenne es.“

„Sagte es dir? Sage, ich weiß es als mein gutes Recht, als das, was du begehst, wie Sand unter der Fingern wegrollt.“

Bei diesen hallenden Worten richtete sich Adam mit großer Würde in seiner Haltung auf und sagte:

„Gib mir wirklich die Hand unter meinen Fingern weggerollt, die Treue des Hauses, die vor mehr als vierzig Jahren vor Gott gelebt hat, mich zu lieben und zu ehren.“

„Dammes Zeug!“ Das wäre nett, wenn ich in meinem Alter mich quälen und plagen sollte, um Haus und Hof zu bekommen und für meine Kinder bereit zu sein, wenn meine kleinen Söhne dir jede andere Tür verschlossen haben. Unglück! In der Tat ein böser Name für deine Fehler.“

„Ich war Kinder begangen haben, Frau. Es ist eben wahr, was der Herr sagt, daß der, welcher sie einen Fehler begangen, überhaupt nie etwas gelernt hat.“

„Hör!“

„Nun, weigert du dich, mich anzunehmen?“

„Dieses Haus gehört mir,“ antwortete sie, „nach Recht und Gerechtigkeit und Verstand.“

„Weigert du dich, mich anzunehmen?“

„Du hast jetzt den Mann über dich gebracht durch deine Schwärmerinnen und alle Locarno und was auch immer, es ist wahr sein zu lassen und an meinem Kamin deine Gebete zu leiten.“

„Ruth, weigert du dich, mich anzunehmen?“

„Ja, das tue ich. Du würdest mich an den Bettelstab bringen, wie dich selbst. Und das sollst du nicht, dafür stehe ich.“

Darauf herrschte einen Augenblick düstere Stille. Adam hielt den Stuhl, auf den er sich lehnte, krampfhaft fest, und laut, wie das Klagen der Uhr, tönte das Klappen seines Herzens.

„Schente mir Geduld, o Gott,“ sagte er dann.

„Ich will es in Demut tragen, Ruth. Ich will dir nicht lästig fallen, dessen kannst du sicher sein. So lange ich ein Kränlein um die Schultern fangen kann und ein Wissen Brot darin ist, will ich lieber auf den Landstrassen herumstreifen, als auf den Knien zu dir kommen und sagen: Ich bin dein Gatte. Ich gab dir alles, was ich begeh. Du bist nun reich, und ich bin ein Bettler und all. Gib mir aus Mitleid Nahrung und Döckel.“

Der Kampf, sich zu beherrschen, zerriß ihm fast das Herz. Jetzt vermochte er nicht länger an sich zu halten. Er gab seiner Wut Raum und schrie laut: „Wohin über dich, Weib! Wohin über dich! Gott möge mir den bösen Tag vergeben, an dem ich mein Auge auf dich warf. Gott möge mir den verfluchten Tag vergeben, an dem ich dich an mein Herz nahm!“

Während dies vor sich ging, hatte Greeba still mit tränengefüllten Augen und zusammengepreßten Händen hinter ihres Vaters Stuhl gestanden. Jetzt trat sie einen Schritt vor und sagte: „Beruh dich, Mutter. Sei ihm nicht böse. Er wird sicher bereuen, dies gesagt zu haben. Denke nur, liebe Mutter, er ist in großer Sorge, kann nicht mehr arbeiten; und wenn dies nicht sein Heim ist, dann ist er heimlos.“

Als diese flüchtigen Stimme an seine Ohren tönte, gab Adam Form um Teil wieder jählicheren Gefühlen nach. Er fiel in seinen Stuhl zurück und fing an zu weinen.

„Ich kenne mich der Tränen, Kind,“ sagte er, „obwohl ich sie nicht an meinem Willen verziehe. Ich kam auch nicht meinetwegen herher, obwohl deine Mutter so zu denken scheint. Mein Kind, nein, sage nichts mehr. Ich nehme nichts zurück von dem, was ich gesagt habe — kein Wort. Sie ist eine graubare Frau. Gott sei dank, mir bleiben noch meine Söhne. Sie ist nicht fleisch von meinem Fleische, wenn auch durch die Ehe eins mit mir. Sie aber werden es niemals werden, daß ihr Vater vor die Tür gesetzt wird.“

(Fortsetzung folgt.)



# Die Arbeitsgerichte vor dem Reichstag.

Die erste Sitzung nach den Osterferien ist gut besucht. An Stelle des verstorbenen Vdg. Ehrennach ist Frau Hilipp-Sachs (Hr.) eingetreten.

Es erfolgt die erste Beratung des Entwurfs eines Arbeitsgerichtsgesetzes.

## Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

gibt einen Überblick über die bisherige Entwicklung des Arbeitsrechts und die Ausbreitung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswesens. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen geschaffen werden: Arbeitsgerichte, Landesarbeitsgerichte und das Reichsarbeitsgericht. Die Arbeitsgerichte sind unter Ausschluß der ordentlichen Gerichte ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes aufständig: 1. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien, 2. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus dem Arbeits- oder Lehrverhältnis und aus Verhandlungen über die Eingehung eines Arbeits- oder Lehrverhältnisses, 3. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern und ihren Mitgliedern aus dem Vereinigungsverhältnis, 4. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und 5. in einer Reihe von Fällen des Betriebsratsgesetzes. Vor den Arbeitsgerichten sind als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände Rechtsanwälte und Personen, die das Verfahren vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, ausgeschlossen; zugelassen sind jedoch sachverständige Vertreter und bevollmächtigte Angestellte wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, soweit sie für die Vereinigung oder für Mitglieder der Vereinigung auftreten. Vor den Landesarbeitsgerichten und vor dem Reichsarbeitsgericht müssen die Parteien sich durch Rechtsanwälte als Prozeßbevollmächtigte vertreten lassen. Die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden bestellt die Landesjustizverwaltung im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde für die Sozialverwaltung. Sie soll nur Personen bestellen, die auf arbeitsrechtlichem und sozialem Gebiete Kenntnisse und Erfahrungen besitzen und regelmäßig ordentliche Richter sind. Andere Personen dürfen zu Vorsitzenden oder zu stellvertretenden Vorsitzenden nur bestellt werden, wenn sie nach ihrer Stellung im Erwerbsleben weder als Arbeitgeber noch als Arbeitnehmer anzusehen sind und die Befähigung zum Richteramt haben. Die Richter werden von der höheren Verwaltungsbehörde im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landesarbeitsgerichts auf die Dauer von drei Jahren berufen. Sie sind in angemessenem Verhältnis aus den Vorschlagslisten zu ernennen, die von den in dem Gerichtsbezirke bestehenden wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer eingereicht werden.

Die Rede des Gen. Haushofer und den weiteren Reichstagsbericht können wir erst morgen bringen, da uns Maß dafür nicht zur Verfügung steht.

## Das Programm der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) In der Dienstag-Sitzung der vorbereitenden Wirtschaftskonferenz wurde die am Montag verlagte Diskussion fortgesetzt. Der Italiener Stefani schlug vor, daß der Vorsitzende mit einem kleinen Komitee einen Arbeitsplan entwerfe und vorlege. Der wirtschaftliche Sanierungsprozeß müsse im wesentlichen durch die Privatwirtschaft vollzogen werden. Der Vertreter der christlichen Arbeiter, Baumels, verbreitete sich in aufstimmendem Sinne zu den bisherigen Vorschlägen.

Staatssekretär Trendelenburg erklärte im Namen der Reichsregierung: Ueber die Ursachen der Wirtschaftsnote beständen kaum mehr Meinungsverschiedenheiten. Sie seien in der Ueberindustrialisierung vieler Länder und auf der anderen Seite in der gelunkenen Kaufkraft der Völker zu suchen. Eine Zurückdämmung der Industrie sei nicht möglich. Darum müsse eine Lösung durch Verbilligung der Produktion, Stärkung der Verkaufskraft und Erschließung neuer Absatzgebiete gesucht werden. Dem Wirrwarr im Zoll- und Handelsvertragswesen, mit dem sich daraus ergebenden verwerflichen nationalen Konkurrenzkampf könnte mit einer Vereinheitlichung des Zolltariffsystems und der Zolltariffpolitik sowie mit einem allgemeinen Abbau der Zölle begegnet werden. In der Währungsfrage lasse man die einzelnen Länder auf der Grundlage der Ergebnisse der Brüsseler Finanzkonferenz besser sich selbst helfen. Zwischen der französischen Auffassung, welche eine Besserung einzig durch privatwirtschaftliche Kartellvereinbarung sehe, und der anderen, die hauptsächlich auf eine Beseitigung der Zölle und Handelsbeschränkungen hinausgehe, müsse eine brauchbare Kombination gesucht und gefunden werden.

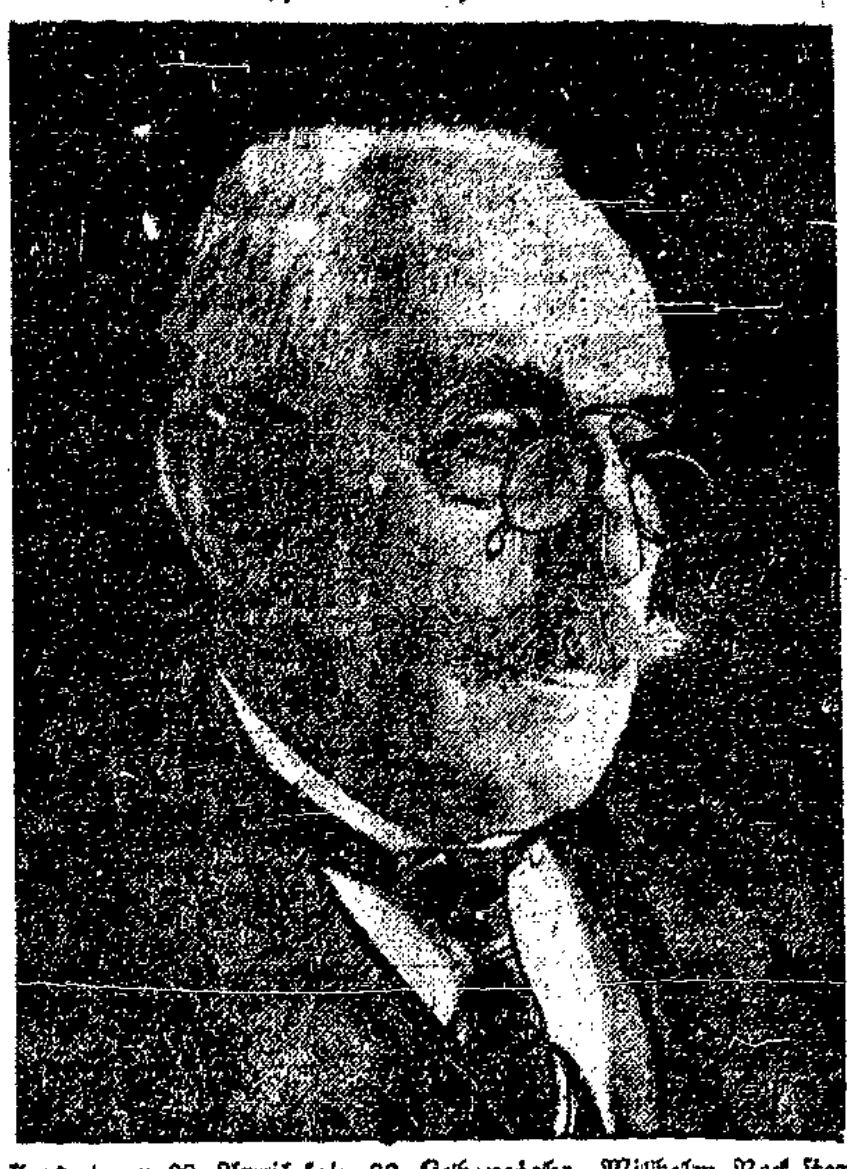
Der Engländer Layton, Herausgeber des Londoner „Economist“, befürwortete ein systematisches, methodisches Vorgehen der Konferenz durch Einlegung von drei Unterausschüssen: einen für die Zölle, den zweiten für die Produktions- und den dritten für die Arbeitsfragen. Der Franzose Beyerinck wies in ziemlich lebhafter Polemik gegen Layton darauf hin, daß man mit gründlichen Studien viel zu langsam vorwärtskommen würde. Was not tue, seien rasch zu verwirklichende praktische Sanierungsmaßnahmen.

Der Schweizer Bankpräsident Dubois, Präsident der Finanzkommission, des Völkerbundsrates, bezeichnet im Gegenfatz zu einigen früheren Rednern die Stabilisierung der Währung als das Hauptproblem der Konferenz.

Balfour, England und Kröller, Holland empfahlen für alle internationalen Wirtschaftsmassnahmen die größte Vorsicht. Die Studien der Unterausschüsse sollten den Regierungen unterbreitet werden, damit diese sich darüber aussprechen können, bevor die Wirtschaftskonferenz einberufen werde. — Der Japaner Sugimura erwähnte, was zur Verbesserung des Verkehrs und Transporthens vom Völkerbund bereits getan worden sei (drei Verkehrsabkommen) und empfahl eine raschere Ratifikation der schon beschlossenen internationalen Konventionen. In der Weltwirtschaft müsse die Gleichberechtigung sowohl für Produkte aller Art wie für die Menschen zur Grundlage der neuen Ordnung erklärt werden (Hinweis auf die japanischen Interessen für die Ein- und Auswanderungsfrage). Ganz offen auf diese Rolle spielte der italienische Industrielle Belloni an, indem er u. a. ausführte, daß Länder mit harter Ueberbevölkerung gegenüber den internationalen wirtschaftlichen Bindungen so abhängig seien und sich weitgehende Freiheit wahren müßten. Der Nordamerikaner Gilbert verteidigte die Bedeutung und die Interessen der Landwirtschaft, für welche er die Einlegung eines besonderen Unterausschusses vorschlug, der mit dem internationalen Landwirtschaftlichen Institut in Rom in Verbindung treten sollte. Der Pole Gliwic und der Serbe Marcovitch betonten die Notwendigkeit, daß die nationalen Wirtschaftsgebunden härter hinter den internationalen zurücktreten müßten. Besonders entschieden für den Abbau der Zölle und für die Interessen der Konsumenten und der Arbeiterklasse traten der englische Genosse Shaw, der Schwede Nerne und Genosse Frensdlich aus Wien ein.

Der Spanier Gen. Dr. Rafel hat am Dienstag dem Reichsministerium des Innern den angeklagten Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zwecks Änderung des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juni 1925 eingereicht. Der Antrag ist entsprechend dem Gesetz über das Volksbegehren und den Volksentscheid mit 5000 Unterschriften versehen. Das Reichsministerium des Innern wird zu dem Antrage ergünstig Stellung nehmen, sobald die Gültigkeit dieser Unterschriften festgestellt ist.

# Der Alterspräsident des Reichstages Genosse Wilhelm Bod.



vollendet am 28. April sein 80. Lebensjahr. Wilhelm Bod stammt aus Großpörschendorf im alten Schwarzburg-Sondershausen, wo er 1852/60 die Volksschule besuchte. In Arnstadt lernte er von 1860 bis 1864 Schuhmacher und schloß sich 1868 dem Arbeiter-Bildungs-Verein Hamburg an. 1873 bis 1878 war er Präsident der deutschen Schuhmacher-Gewerkschaft, leitete 1875 bis 1878 den „Arbeiter“ und seit 1878 das Fachblatt „Der Schuhmacher“. Genosse Bod war dann lange als Redakteur in Gotha tätig, wo er dem dortigen Landtage seit 1893 angehörte und dessen Vizepräsident war. 1884 wurde er zum ersten Male in den Reichstag gewählt; er hat auch hier für die Partei außerordentlich erfolgreich und stets unermüdet gearbeitet.

In der Gesamtliste gehört Bod seit Jahrzehnten zu den bekanntesten Genossen. Er wurde 1913 Vorsitzender der Kontrollkommission der Partei. Im Weltkrieg gehörte Wilhelm Bod zur USP; auch hier befehligte er die Stelle des Vorsitzenden der Kontrollkommission. In Thüringen war Bod seit 1893 Mitglied, später auch Vizepräsident des Landtages für Coburg-Gotha und bei Ausbruch der Revolution Volksbeauftragter für das Ländchen.

## Kleine Auslandsnachrichten.

**Kabinettsreise in Polen.** Die Ueberweisung des polnischen Budgetprojekts für Mai-Juni an die Kommission ist mit 200 gegen 168 Stimmen angenommen worden. Für die Regierung stimmten außer der Koalitionspartei auch die Christlich-Nationalen, die Katholische Volkspartei und die gemäßigten ukrainische Gruppe Schliorobsky; dagegen stimmte die gesamte Linke mit Ausnahme der Nationalen Arbeiterpartei und sämtliche Minderheiten. Sitzungsbeschlüsse, die Koalition durch die drei Gruppen des polnischen Radikalismus, die Tuguit-Gruppe, die Wyszolensie oder die Donbass-Gruppe zu erweitern, sind resultatlos geblieben, so daß die Gesamtemission des Kabinetts zum 4. Mai erwartet wird. Den ersten Mattingen steht man mit starker Nervosität entgegen, weil die nationaldemokratischen Organisationen aufsteigende Aufrufe an die Sozialverbände gerichtet haben, die Polizei zu unterstützen; am 1. Mai müsse beschieden werden, daß „das rote Kapitel“ der polnischen Geschichte abgeschlossen sei.

**Die Friedensverhandlungen in Marokko.** Am Dienstag vor-mittag hat in Wädida die erste Sitzung der Friedenskonferenz stattgefunden. Der Präsident der französischen und spanischen Delegation, General Simon, erklärte den Rif-Vertretern einleitend, daß die Konferenz die Gesamtheit der Bedingungen zur Herstellung des Friedens zu prüfen habe, die den Rif-Vertretern bereits bekanntgegeben seien, und legte sodann im einzelnen die Art und Weise der Durchführung dieser Bedingungen dar. Nachmittags fand eine zweite Sitzung statt.

**Der neue Schah von Persien, Riza Khan Pahlavi,** wurde mit großer orientalischer Pracht gekrönt. Aus Peking wird gemeldet: Die „alliierten“ chinesischen (Generals-) Truppen hätten ein Schredensregiment aufgestellt und eine ganze Anzahl Hinrichtungen vorgenommen.

## Aus aller Welt.

**Geldstrafe für den Oberbürgermeister von Berlin.** Der Oberbürgermeister der Stadt Berlin hat seinen sogenannten „Postprozeß“ in zweiter Instanz verloren und ist zu drei Mark Geldstrafe verurteilt worden. Nach Ansicht des Landgerichts I verstoßt der städtische Betriebsbetrieb gegen die „Hauptverteilungsstelle“ des Magistrats und den Bezirksämtern gegen das „Postregal“.

**Ein Motorschiff der Reichsmarine.** Nach einer Meldung der „Germania“ kauft am heutigen Mittwoch auf der Bremer Weiser-Werft die „Barbara“, ein für Motoren- und Rotorenbetrieb eingerichtetes Versuchsschiff vom Stapel.

**Vom Schicksal der Arbeit.** Dem „Dona-Anzeiger“ zufolge wurden auf der Grube Belsen zwei Bergleute im Alter von 18 und 21 Jahren durch Steinschlag getötet, ein dritter leicht verletzt. Auf der Grube Friedrichshagen wurde ein 16 Jahre alter Schlepper getötet; auf der Grube Heinitz ein 44 Jahre alter Bergmann durch nieder-gelassene Gesteinsmassen so schwer verletzt, daß er nach langer Zeit starb.

**Die Gewalt einer Windstöße.** In Chemnitz wüthete Montag abend in einem Garten-Restaurant eine Windstöße zwölf Gartenstühle und mehr als fünfzig Gartenstühle fast haushoch in die Luft und schleuderte sie über die Gipfel der Bäume hinweg. Da infolge eines höheren Gewittersturmes die zahlreichen Gäste den Garten verlassen hatten, kam niemand zu Schaden.

**Sturmstöße auch in Ostpreußen.** Der über einen großen Teil herabgegangene Orkan hat in Ostpreußen ganze Waldreihen der Maidult umgelegt und dabei vier Personen verletzt. In Gumbinnen wurden zwei Personen von einer stürzenden Buche getroffen und ebenfalls schwer verletzt.

# Aus Schlessen.

**Mitgang der politischen Bevölkerung in Schlessen.** Im folgenden sind die Ergebnisse der Volkszählung von 1925 angegeben und bis von 1910 zum Vergleich in Prozenten beigefügt worden. Das ist die Kreise, die nicht mehr den Umfang von 1910 haben, auch bei den Angaben für 1910 nach dem heutigen Umfang berechnet worden.

Der Kreis Brien hatte 88 476 (89 104) Einwohner, darunter 120 (1117) Polen, gleich 0,51 Prozent (2,86 Prozent) der Gesamtbevölkerung.

Groß-Bartenberg: 27 536 (28 150) Einwohner, darunter 140 (4780) Polen, gleich 0,51 Prozent (16,96 Prozent).

Guhrau: 85 111 (82 168) Einwohner, darunter 858 (1808) Polen, gleich 1,11 Prozent (5,90 Prozent).

Kamslau: 81 068 (89 077) Einwohner, darunter 448 (4962) Polen, gleich 1,44 Prozent (17,02 Prozent).

Reuthen Stadt: 62 558 (61 037) Einwohner, darunter 1194 (13 710) Polen, gleich 1,91 Prozent (26,86 Prozent).

Reuthen Land: 73 789 (58 600) Einwohner, darunter 6381 (32 071) Polen, gleich 8,58 Prozent (65,50 Prozent).

Colei: 82 515 (75 673) Einwohner, darunter 20 020 (36 784) Polen, gleich 24,28 Prozent (75,06 Prozent).

Ballenberg: 80 007 (87 526) Einwohner, darunter 656 (3615) Polen, gleich 1,42 Prozent (10,77 Prozent).

Gleiwitz Stadt: 81 178 (86 901) Einwohner, darunter 778 (8543) Polen, gleich 0,98 Prozent (14,70 Prozent).

Groß-Sirehitz: 77 072 (73 878) Einwohner, darunter 21 577 (88 102) Polen, gleich 28,00 Prozent (79,18 Prozent).

Hindenburg: 123 601 (111 715) Einwohner, darunter 2323 (43 876) Polen, gleich 1,81 Prozent (29,27 Prozent).

Kreuzburg: 58 172 (51 906) Einwohner, darunter 1778 (24 487) Polen, gleich 3,33 Prozent (47,18 Prozent).

Leobschütz: 81 467 (82 635) Einwohner, darunter 498 (6178) Polen, gleich 0,61 Prozent (6,27 Prozent).

Lusitz: 17 082 (15 836) Einwohner, darunter 5594 (11 990) Polen, gleich 32,40 Prozent (75,71 Prozent).

Neustadt: 84 285 (97 537) Einwohner, darunter 18 846 (48 787) Polen, gleich 19,48 Prozent (44,89 Prozent).

Oppeln Stadt: 40 875 (33 907) Einwohner, darunter 125 (5571) Polen, gleich 0,31 Prozent (15,84 Prozent).

Oppeln Land: 124 839 (117 906) Einwohner, darunter 28 647 (89 323) Polen, gleich 22,95 Prozent (75,76 Prozent).

Ratibor Stadt: 40 662 (38 424) Einwohner, darunter 1124 (11 525) Polen, gleich 2,76 Prozent (29,99 Prozent).

Ratibor Land: 58 960 (53 786) Einwohner, darunter 11 440 (38 732) Polen, gleich 19,40 Prozent (72,01 Prozent).

Rosenberg: 52 260 (52 941) Einwohner, darunter 8490 (42 234) Polen, gleich 16,24 Prozent (80,69 Prozent).

Rybnitz: 8802 (8064) Einwohner, darunter 1603 (6525) Polen, gleich 18,09 Prozent (80,92 Prozent).

Larnowitz: 28 883 (23 355) Einwohner, darunter 6821 (18 476) Polen, gleich 19,46 Prozent (79,11 Prozent).

Lusitz-Gleiwitz: 83 877 (76 527) Einwohner, darunter 18 766 (58 184) Polen, gleich 22,36 Prozent (76,08 Prozent).

**Waldburg.** Die Bürgermeisterwahl. Die Stadtverordnetenversammlung, in der die Wahl des zweiten Bürgermeisters vorgenommen werden soll, ist auf den 5. Mai anberaumt worden. Zur persönlichen Vorstellung sind von der Kommission zur Vorbereitung der Bürgermeisterwahl die Kandidaten Dr. Thiede (SPD.) und Dr. Bernicke (D. Sp.) aufgefodert worden.

**Dittersbach.** Beim Hüpfen schwer verunglückt. Die aus Zauernig gebürtige Landwirtschöter Elfride Brädel sprang in voller Fahrt von der Straßenbahn ab und stürzte so unglücklich zu Boden, daß sie mit einer schweren Gehirnerschütterung nach dem Kreisrathenhaus transportiert werden mußte.

**Fellhammer.** Das Ende des Invaliden. Im Gebüch an der Siedlung in Nieder-Hernsdorf wurde der Invalid D. erhängt aufgehoben. Da D. eine monatliche Rente von nur 21 Mark erhielt, wird angenommen, daß er aus Mangel an Geld in den Tod gegangen ist. D. war verheiratet und Vater von sieben Kindern, von denen das jüngste noch die Säugle befaßt.

**Wielwasser Dr.** In einer Regentonne ertrunken. In Pilsbörstel verfuhr das dreijährige Söhnchen des Landwirtschöters W. mit einer Regentonne Wasser zu spielen. Hierbei verlor das Kind das Gleichgewicht, stürzte in die Lonne und ertrank.

**Neustadt.** Die Schwedenhanze wird verkauft. Die Schwedenhanze ist aus dem Besitze der Frau Jachnowski in den des evangelischen Volksbundes für Oberschlessen für 25 000 Mk. übergegangen. Als Vertreter der kaufenden Partei figurirte Pastor Holm in Oppeln.

**Beuthen.** Aufhebung des Jallamies Bistums. Der Jallamies Bistum in Bistum-Bistum ist nach einer Anordnung des Reichsministers der Finanzen aufgehoben worden. Die Jallamies Bistum-Bistum wird demgemäß geschlossen und bleibt nur als Grenzübergang bis auf weiteres bestehen.

**Beuthen.** Vertriebe polnische Soldaten. Vor einigen Tagen wurden in der Nähe von Kruppamühle drei bewaffnete polnische Soldaten gesehen, die in den nahen Wald flüchteten, als sie sich bemerkt glaubten. Es handelt sich um eine Streife, die sich anlässlich eines Mandats vertritt hatte.

## Die Strafe eines Schredensstahl.

Am Montag wurde der Mittelbauarbeiter Regling in Cottbus, der am 9. Januar d. J. eine 14jährige Schülerin zu ver-gewaltigen versuchte, dann niedergebunden und im Ofen ver-brannt hatte, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen anderer Sittlichkeitsverbrechen erhielt Regling eine Gesamtstrafe von 20 Monaten Zuchthaus.

## Schwaffer der Wolga.

Die Wolga und ihre Nebenflüsse im Wolgagebiet sind aus den Wern getreten. Der Fluß Altona überflutete die Stadt Dechow Sijens. Zahl Personen sind dort ertrunken, 11 Brücken zerstört und die Fabriken flutgelegt worden. Aus Rybinsk wurden ebenfalls Menschenopfer gemeldet. Die Eisenbahnver-bindung zwischen dem überfluteten Modunir und Rischin-wanowow ist unterbrochen. Die Bevölkerung zahlreicher Dörfer an der oberen Wolga rettete sich auf die Dächer ihrer Häuser.

## Ein Regersprozess.

wurde in der Stadt Carteret in New-Jersey (Vereinigte Staaten) verurteilt. Als im Laufe eines Kaufhandels ein Regger einen Bogenschütze durch einen Reflexschuß getötet hatte, rüfften die Freunde des getöteten Bogers in das Reggerhotel der Stadt, schlugen mit Knütteln und Steinen sämtliche Fensterheber ein und verprügelten jeden Schwarzen, der ihnen in den Weg trat. Schließich gegen sie zur Hauptkassette der Regger, unter deren Tüch ihnen der Reggerschloß in vollem Ornat entgegentrat. Er mußte jedoch mühsam seiner Gemeinde die Nacht egreifen. Die Reggerschloß und ein Teil des Reggershotels wurden von der rasenden Menge in Brand gesteckt.

## John Loderoyen.

forderte ein Verkehrsunfall in Australien, wo in der Nähe von Melbourne ein elektrischer Zug mit einem Kraftautomobil kollidierte. Das Auto schlug in die Luft und wurde zertrümmert und 13 Passagiere bei dem Unfall verletzt, darunter ein Kind.



**Stadt-Theater.**  
Mittwoch, 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
"Nicoletto"  
Donnerstag, 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
"Die Flebermans"  
Freitag, 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
"Die Bohème"

**Lobetheater**  
Reisingstr. 8, Tel. 819.6774.  
Mittwoch, nachm. 5<sup>1/2</sup> Uhr:  
"Othello"  
Mittwoch, Donnerstag  
abends 8 Uhr:  
"Ein Spiel  
von Tod und Liebe".  
"Der grüne Katana".  
**Thalia-Theater**  
Schmerlstr. 3, Tel. 819.6700  
Mittwoch, Donnerstag  
abends 8 Uhr:  
"Schlud und Jan"

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne.  
Tel. Stephan 37 460.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Auftritt Walter Jankuhn  
"Der Deloit"  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Auftritt Walter Jankuhn  
Lehles Auftritt  
Julius Brandt.  
"Wiener Blut"  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Lehles Auftritt  
Walter Jankuhn,  
Gertrude Joachim.  
"Gräfin Mariza"

**Begleitend des  
Sommerfestes.**  
Ermäßigte Preise!  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male!  
"Sene, Lotte, Lieve,  
Josefines Töchter"  
Sonntag nachmittag 3<sup>1/2</sup> Uhr:  
"Der Deloit"  
Sonntag und täglich  
abends 8 Uhr:  
"Sene, Lotte, Lieve,  
Josefines Töchter"

**Gemeinnützige  
alkoholfreie Garküchen**  
Hildebrandstr. 28, Algenbrunn. 5  
Große Auswahl in Einzel-  
eisen von 60 Pf. bis 1 Mk.  
Abonnementspreis f. Mittag-  
brot zu 40 und 60 Pf.  
Trüffel verboten.  
Geöffnet von 8 bis 5<sup>1/2</sup> Uhr.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold  
Dokumente Heft Nr. 26.**  
Bund republikanischer Kriegsteilnehmer E. B.  
11361  
Sonntag, den 18. Mai  
**Bannerweibe**  
**Großer republikanischer Tag!**  
Zetredner: Reichstagspräsident Lobe, Breslau.

**Buchhandlung Volkswacht**  
Modernes Antiquariat  
Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

**Turner**  
kaufen wieder den guten  
Hallenstuhl mit Lauf-  
lederohle, Hinterklappe  
u. Gummiwand  
Art 44 11600  
Bester u. billigster Turnstuhl.  
Vor dem Kriege wurden  
jährlich tausende von Paaren  
nach Breslau geliefert. Ver-  
langen Sie heute noch kosten-  
lose Preisliste.

**Maxim Tint  
waschen  
mit  
RUBA  
SEIFE?**



Sie ist eine garantiert rei-  
ne Kernseife von au-  
ßerordentlicher  
Waschkraft, wäscht  
in kaltem u. war-  
mem Wasser mit  
gleich gutem  
Erfolg u. gibt  
der Wäsche  
einen frischen  
u. angenehmen  
Geruch. Überzeugen Sie  
sich selbst davon!

**RUBA-WERKE  
RUDOLPH BALHORN  
G. M. B. H.  
BRESLAU**

**Nur  
Barasch  
Neumarkt**

**Donnerstag, Freitag, Sonnabend 3 billige Verkaufstage**

**Linoleum**  
glattfarbig und gemust., in kleinen  
Resten, 65 cm breit . . . Meter **1.10**  
glattfarbig grün, 60 cm breit, . . . Meter **1.50**  
glattf. m. Kante od. schön. Blumen-  
must., in Resten, 65 cm breit, Meter **1.65**  
durchweg gemustert, in Resten  
bis 8 Meter, 75 cm breit, Meter **1.85**  
glattfarbig, mit Kante u. gemust.,  
90 cm breit . . . Meter **2.35**  
große Muster, in Resten für  
Teppiche, 150 cm breit, Meter **3.75**  
in hell, blau-weiß. Mustern,  
Tischlinoleum 100 cm breit . . . Meter **1.95**

**Wachstuchreste** in viel. Farb. u. Größen,  
z. Aussuch., jeder Rest **95 Pf.**

**Wachstuche** in schönen, klaren Mustern, in  
blau-weiß, grün-weiß u. braun,  
100 cm breit . . . Meter **1.50**  
**Läuferstoffe** Jutesewebe, gestr., 80 cm br.,  
Mr. 1.75, 60 cm breit, Mr. **1.25**

**Bettwäsche**  
Bettbezüge mit 2 großen Kissen, weiß, von  
gutem Wäschetuch . . . Bezug **6.50**  
Bettbezüge mit 2 groß. Kiss., bunt, in hellen  
blau und roten Karos . Bezug **8.25**  
Einzelne Kissenbezüge bunt kariert u. weiß  
Größe 80x80 cm Stück **1.10**  
Einzelne Deckbettbezüge bunt kariert und  
weiß, Größe 120x200 cm . . . Stück **4.30**  
Inlett-Bezüge mit 2 groß. Kissen, glatt-rot  
od. rosa-rot gestreift, Bezug **13.50**

**Ansgewöhnlich billig!**  
**Damenstrümpfe** Seidenlor mit ver-  
stärkter Hochferse u.  
Doppelsehle, schwarz und vielen  
bunten Farben . . . Paar **95 Pf.**  
**Berrensocken** Vigogne, grau . 2 Paar **95 Pf.**  
**Damenstrümpfe** Mako, schwarz u. farbig,  
verstärkte Hochferse und  
Doppelsehle . . . Paar **60 Pf.**  
**Bettlaken** von kräftigem, starkfädigem  
Haustuch, Gr. 130x200 cm **2.95**

**Emaille-Waren**  
Maschinenöpfe braun, blau, grau  
10 12 14 16 18 20 cm  
45 65 80 1.05 1.30 1.50  
Emaille-Kindertöpfe 7 8 9 cm  
15 20 35 Pf.  
Emaille-Elmer 28 cm, blau **1.35** grau **85 Pf.**  
Emaille-Spülwannen rund, grau, 36 cm **95 Pf.**  
Emaille-Waschbecken rund, mit Seifensapf,  
Stück 1.25 **95 Pf.**

**Steingut**  
Steingut-Speiseteller weiß, nur tief Stück **9 Pf.**  
Steingut-Salatschüsseln weiß, Satz = 6 Stück **85 Pf.**

**Porzellan**  
Porzellan-Kaffeeteller weiß, bauch, Form 3 Stück **40 Pf.**  
Porzellan-Goldrandtassen groß, gerippte Form, 3 Stück **95 Pf.**  
Porzellan-Kaffeekrüge weiß, groß Stück **95 Pf.**

**Sehr billig!**  
**Hausstube und Pantoffeln**  
mit Spalldersohle . . . Paar **95 Pf.**  
**Hausstube und Pantoffeln** f. Kinder . . . Paar **80 Pf.**

**Herren- und Knaben-Sportmützen**  
aus Stoffresten verarbeitet, durchweg **95 Pf.**

**Bade-Anzüge** in blau Trikot . . . Stück **95 Pf.**  
**Damenschlüpfer** Trikot, in vielen bunten  
Farben . . . Paar **85 Pf.**  
**Herren-Trikothemden** mit gutem, hellgestr.  
Rips-Einsatz Stück **1.95**

**Eheleute**  
müssen lesen  
die Broschüre  
**Vorbeugen,  
nicht abtreiben!**  
Preis 50 Pf.  
Volkswacht-Buchhandlung.

**Kaufere  
Kinderlage**




Sie sind die großen Olfen im Putz  
Bislang im Klammern Schwimmbad, sind  
die neue Holz sind in. Olfen  
waren immer und immer  
in rühlförmig sollen

**beginnen am Sonnabend,  
den 1. Mai.**

**Rudolf Petersdorf**  
Breslau, Königsberg i. Pr.

**Raucht R. B.-Zigaretten!**  
in schwarz-rot-goldener Packung.  
Fordert sie in allen Geschäften!!  
Preislage 3 bis 10 Pfennig.  
**Reifaba Zigarettenfabrik**  
G. m. b. H. Hamburg.  
Fabrikniederlage: Breslau, Sternstraße 2.  
General-Vertr. Friedr. Lux.  
Telefon Ohle 8637.

**Zur  
Maifeier 1926**  
empfehlen  
wir allen Maifeier-Komitees  
zu billigsten Preisen  
folgende  
**6 Kampflieder-Boxe:**  
1. Die Internationale  
2. Arbeiter-Marseillaise  
3. Wir Männer in der Bluse sind's  
4. Wer schafft das Gold zu Tage  
5. Sozialistenmarsch  
6. Ein Sohn des Volkes  
**Buchdruckerei  
Volkswacht**  
Breslau 2, Flursstraße 4-6

**Berücksichtigt unsere Inserenten!**

**RECHENMASCHINEN**  
14 verschiedene Modelle  
**ALBERT PEISER**  
Breslau  
Gartenstrasse 79

**Suchen erfahrenen:**  
**Der Sozialismus  
als Weltanschauung.**  
Von Dr. Beier-Breslau.  
Preis 50 Pf.  
**Volkswacht-Buchhandlung,**  
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

**Maiabzeichen**  
rote Emaillefarne mit weißem Eindruck  
**1. Mai**  
empfiehlt für Ortsgruppen  
**Druckerei u. Verlag Volkswacht**  
Breslau II, Flursstraße 4.  
Niedriger Preis! Stück nur 10 Pf.

**Führer durch das  
Kiesengebirge**  
(mit 2 Karten). Solange Vorrat.  
Nur 25 Pf. Volkswacht-Buchhandlung.

**Bettfedern**  
Zuhaben, billiges Angebot.  
Spezialgeschäft Horzig,  
Marktstr. 100, 1. Efg.  
am Marktplatz. Kein Laden.  
Straßenbahn wird vergütet.

**Neueste  
Sommerhüte  
für  
Damen**  
Spezialität:  
**Garnierte Hüte**  
billigst 250  
Unverwundlich u. Umarbeitung,  
auf neueste Modelle.  
Nur direkt in der  
Strohstofffabrik  
**Fraund & Krebs**  
Karlstraße 30

In der  
"Volkswacht" haben  
**Stellen-Angebote**  
infolge ihrer großen Ver-  
breitung in Arbeiter-  
kreisen heißen  
Erfolg

**Wohnungen**  
Jung verheirateter Partei-  
genosse  
sucht  
per halb oder 1. Juni  
**leeres Zimmer**  
mit Kochgelegenheit, Biele  
bis 30 Mk.  
Offerten unter St. 303  
an die Geschäftsst. dieser Ztg.

**Kleine Anzeigen**  
sind kompakt gesetzte, einsp.  
Anzeig. v. Verkäufen, Kaufge-  
suchen u. a. nur von Privaten.  
Wort 3 Fig.; fett 4 Pfennig.  
Gut erhaltener Kinder-  
wagen, Gummiräder, billig  
zu verkaufen. Gütlichst  
Straße 22, III. r. vorn.

**Urania**  
12 Monatshefte  
und 4 Bücher  
**Des Sozialisten  
Kodex**  
zu haben, auch die Gedächtnis-  
blätter u. die Zeitschriften.



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. April.

Die grüne Oderinsel als Kinderbad.

Die Stadtkommissionen sollen diesen Donnerstag 112 000 Mark zum Ausbau des Licht-, Luft- und Sonnenbades...

Bei dem Grundstück Vorderbleiche 3 handelt es sich um die grüne Oderinsel aufwärts der Universitätsbrücke...

In der gleichen Vorlage fordert der Magistrat dann noch 10 950 Mark für die Errichtung eines Licht-, Luft- und Sonnenbades...

Sicher müßte in dieser Hinsicht noch viel mehr gefordert, und zahlreiche Wünsche harren noch der Erfüllung...

Kinder!

Ihr marschiert alle im Maifestzug eurer Eltern mit. Daht euch von Vater oder Mutter einen Zettel an den Lehrer oder Lehrerin schreiben und ersucht um Befreiung vom Unterricht!

Gefährliches Kinderpiel.

Man kann es immer wieder beobachten, daß Kinder da und dort auf Abputzgeräten herumklettern...

Im Anschluß daran sei auch noch auf eine sehr schwere Gefahr aufmerksam gemacht, die besonders die Radfahrer argheit.

Herr Riesefeld macht so etwas.

Am 23. April veröffentlichten wir in Bezug auf einen Artikel des Gen. Dr. Marx über das Stadttheater eine Berichtigung von Dr. Riesefeld.

Die Ausgabe der 'Volkswacht' vom 23. April 1926 enthält in dem Artikel 'Rein, so was macht Herr Riesefeld nicht!' den Satz: 'Herr R. rückt also deutlich von den Behauptungen des Bannes ab...'.

Wenn wir nicht befürchten müßten, eine neue Berichtigung zu erhalten, würden wir sagen, daß Herrn Riesefelds Berichtigungen lächerlich wirken...

Bannerweihe im Distrikt 31.

Eindrucksvoll gestaltete sich die Bannerweihe unter der martigen Weherede des Genossen Hugo Frey, die mit Begeisterung aufgenommen wurde.

Die Sparhüchse ist der Anfang!

Gewöhnen Sie Ihr Kind zur Sparsamkeit und legen Sie ihm ein Konto auf der Sparkasse an. Es wird Ihnen dafür dankbar sein, denn:

Früh gewohnt, alt getan!

Städtische Sparkasse zu Breslau.

Am 1. Mai schon

dem Weltfeiertag des Proletariats, hat jeder Parteisoldat die Pflicht, 1 Mitglied für die Sozialdemokratische Partei und 1 Volkswachtleser zu werben!

Frauen! Werbet für Eure Frauenwelt!

„Hände weg vom deutschen Volksgut!“

Massenversammlung der SPD.

Zu einem Disput zwischen Republikanern und Monarchisten gestaltete sich die gestrige von der SPD. in den Zentralballplätzen veranstaltete Massenversammlung...

Geheimrat Hellfritz ging allerdings einen schweren Gang. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Karl Pietich, die Versammlung eröffnet hatte, trat Genosse Macho an das Rednerpult...

Genosse Macho zeigte dann die Wichtigkeit eines bekämpften Rechenzempels der Fürstenschüler...

sucht, der preussische Staat erhalte doch den größten Teil des Hohenzollernbesitzes. Der Redner zeigte die Entstehung der Fürstentümer, besonders das der Hohenzollern...

Genosse Macho bewies dann durch Verlesung des betreffenden Artikels, daß die Fürstenteilung sehr wohl mit der Verfassung in Einklang zu bringen sei.

„Hände weg vom deutschen Volksgut!“

Unter allgemeinem Bedauern bestrich dann Geheimrat Hellfritz das Rednerpult, um mit Hilfe juristischer Konstruktionen die Rechtmäßigkeit der Fürstenteilung zu beweisen.

Stadtd. Fritsch (Doll.) verurteilte in seiner Diskussionsrede politische Unmündigkeit mit breiter Propagation und mußte sich später wegen seiner Behauptung, Oberpräsident sei verhaftet worden...

Herr Schmitt als Vertreter der Deutschen Volkspartei bemitleidete sich gleichfalls um eine Ehrenrettung der Hohenzollern.

In seinem Schlußwort unterzog Gen. Macho gewisse Behauptungen einer gründlichen Korrektur und betonte unter stürmischen Beifall, daß der Kampf für die Fürstenteilung von wahrhaft vaterländischem Empfinden getragen werde.

Mord und Selbstmordversuch in der Gartenstraße.

In dem Grundstück Gartenstraße 67 hat sich heute vor-mittag ein schauerlicher Mord ereignet. Auf dem Treppenhof zum ersten Stockwerk hat ein Mann einer Frauensperson die Kehle durchschnitten...

Unser Journalist an den Tatort ersandte Berichterstatter erhielt noch folgende Einzelheiten:

Die Ermordete ist die 1895 geborene 35 Jahre alte Ehefrau Majollit, die in jenem Hause bei einem im ersten Stockwerk wohnenden Arzt als Empfangsdame beschäftigt ist.

Der Mörder ist Kronkammerdiener. Die Ausführung des Mordes ist zunächst dadurch etwas erschwert, daß sowohl der verletzte Täter als die Ermordete nicht vollständig gesund sind.

mußte die Leiche der Majollit unverfälscht liegen bleiben. Auf die im Hause Wohnenden, soweit sie in den oberen Stockwerken wohnen, machte der Anblick der großen Bluttache und der mit Papier überdeckten Frauenleiche einen graufigen, nie zu vergehenden Eindruck.

Der niederösterreichische Mieterkassenverband

hielt am Sonntag in Breslau seinen Verbandstag ab, auf dem folgende Entschlüsse gefaßt wurden: 'Die in Breslau zum Niederösterreichischen Mieterkassenverbande zusammengeschlossenen Mieterkassenvereine weisen im Hinblick auf die Reichsgesundheitswohne auf die Bedeutung der Wohnung für die Volksgesundheit hin.'

- 1. Die Wohnungsnot und das Wohnungsproblem sind schleunigst zu beheben. Durch Schaffung eines Bodenreformgesetzes ist die leichtere Beschaffung von Baugrund zu regeln... 2. Die Mittel für den Wohnungsneubau sind durch eine neue soziale Gesichtspunkte gestaffelte Wohnungsbauabgabe zu gewinnen... 3. Die zur Förderung des Wohnungsbaues von der Allgemeinheit aufzubringen Mittel, die als Zinsen und Tilgungsbeiträge der Hauszinsvereinsvereine dem Staate und den Gemeinden zurückzuführen werden...



Am 1. Mai geschlossen

Bleibt das Geschäftslokale der Sport-Genossenschaft...

Zur Eingemeindungsfrage.

Der Regierungspräsident stellt mit: Am Montag, den 26. April, sind als Kommissare...

Wie städtische Behörden

den Rettungsdienst der Arbeiterschwimmer mitarbeiten!

\* Das Arbeitsamt für die schlesische Jugendbewegung...

\* Heizerprüfung. Unter dem Vorsitz von Gewerbetat...

\* Breslauer Volksbühne. Zu den Lobe-Theater-Gastspielen...

\* Im Städtischen Jugendheim. An der Mattheuskunst 2...

\* Sänglingsplegerkurs. Ein Sänglingsplegerkurs von...

\* Ein Frühlings- und Liebeslieder-Abend wird vom...

\* Vermittelt wird seit 15. November 1925 der gestorbene...

\* Ein Unheil. In letzter Zeit sind mehrere junge Mädchen...

worben. Derselbe ist mittelgroß, breitschultrig, hat volles...

in die Schulräume des Seminars 211b StraÙe und der Volksschule...

Wintlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums...

Die Kaltluft polaren Ursprungs, die gestern morgen Schlesien...

Letzte Wetternachrichten.

Table with columns: Datum, Temperatur (heut, Maximal, Minimal), Wetter, Wind, Niederschlag, Höhe.

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Stadttheater. Heute Mittwoch, 7 1/2 Uhr. Verdis „Rigoletto“...

Opernhaus. Heute nachmittag Schüler- und Jugend-Vorstellung...

Thalia-Theater. Bis einschließlich Freitag täglich „Schuld und Sühne“...

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Frauenleiterinnen! Schrittschreinerinnen! Laßt euch nicht immer mahnen wegen Ablieferung...

Arbeiter-Jugend. Beim 6. Heute abend pünktlich 8 Uhr findet unsere Heimfunktionierung statt...

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Liebe Arbeiterinnen und -mädels! In wenigen Tagen ist der 1. Mai...

Gruppe 1: früh 7 1/2 Uhr am Westbahnhof. Gruppe 2: 7 1/2 Uhr am Brausebad...

Wasserstand

Table with columns: Station, Wasserstand, Datum.

Bereinstalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Betriebsräte und Vertrauensleute. Donnerstag, den 29. April...

Gibt eure Anzeigen der Volkswacht.

Immer und nur Rahma-buttergleich MARGARINE

Familien-Anzeigen

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Am 25. April 1926 verstarb unser Kollege Paul Gläser...

Zentralverband der Handwerker und Metzger. Am Montag, den 26. April, verstarb die Frau unserer Kollegen Paul Scholz...

Zahl- u. Auskunftsstelle für Grabpflegegebühren und Ankauf in Grabdenkmälern...

Schneefelder, 2-10 Pf. Elegante u. einfache Küchen große Auswahl...

Liederbuch des Reichshausers Schwarz - Rot - Gold 60 Lieder mit Noten Preis 20 Pf.

Wagner 1920 Nr. 50,75 Pf. Wagner Nr. 21,45 Pf.

GIDON eine echte Reemtsma-Cigarette für 4 Pfg. Includes logo and descriptive text.

STI zum Bleichen ohne Seife. Includes image of a woman and text about hair care.

Druderei Volkswacht Ausführung aller Drucksachen Breslau 2 Kurze Straße 4/6







# Gewerkschaftsbewegung.

## Die Werkmeistertagung.

### 1. Verhandlungstag.

Der 27. Verhandlungstag des Deutschen Werkmeister-Verbandes in Bremen zeigte am Sonnabend bei seiner Eröffnung das übliche Bild, das heute die wichtigen Kongresse der Gewerkschaften angenommen haben. Beifriedliche Gäste und viele Behördenvertreter füllten lange Zeit des Vormittages aus.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen mit der Erhaltung des Geschäftsberichtes. Dabei ergaben sich, daß der Verband in der Berichtszeit allein an die Stellenloshilfen rund 1,5 Millionen Mark zu leisten gehabt hat. Die gesamten Unterstufungen, die den Mitgliedern zufließen, betragen 2.855.000 Mark. Dennoch hat der Verband es verstanden, in Krankenhäusern in Thüringen ein imposantes Erholungsheim für seine Mitglieder zur Verfügung zu stellen (das Erholungsheim ist von Architekt Muthesius gebaut). Dem Werkmeisterverband ist es gelungen, trotz allem seine offenen und stillen Reserven erheblich zu konsolidieren.

Dem allgemeinen Geschäftsbericht folgten die Spezialberichterstattungen der einzelnen Abteilungen des Werkmeisterverbandes. Neben der von Kroll-Düsseldorfer gegebenen Berichterstattung über die Probleme der sachlichen Sozialpolitik fand auch der Bericht des AM-Vorstandes Stähr-Berlin große Aufmerksamkeit.

Es folgte die Berichterstattung der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Werkmeisterverbandes durch Heintz-Berlin. Er führte u. a. aus: Es ist viel zu wenig bekannt und beachtet, daß heute der Privatdistinkttag infolge des erstaunlich flüchtigen Geldmarktes in Deutschland sich in nichts mehr von den offiziellen Distinkttagen der großen Weltstaaten unterscheidet. Der fehlerhafte Kreislauf der deutschen Geldwirtschaft beruht darin, daß seine Herren kein gemeinschaftliches Arbeitsinteresse, sondern nur Renteninteresse haben. Die Auswirkung zeigt sich überall. Am krassen wohl bei dem Kredit über 300 Millionen, der schon seit Monaten mit der russischen Regierung vereinbart ist, sich aber trotz aller Bemühungen nicht in Warenaufträge umwandeln läßt, weil die Banken als kreditgebende Zwischeninstanzen Rußland für lange Jahre zu hohen Zinsen zwingen wollen. Das ist das selbe Prinzip, das heute viele wirtschaftlich gesunde Unternehmungen vernichtet, während andere, die aus irgendwelchen Gründen mit dem Finanzkapital im besseren Kontakt stehen, leben bleiben, obwohl sie häufig bei ihrem geringen Produktionswert eigentlich den Abbau verdienen.

Die Krankheit der deutschen Wirtschaft beruht darin, daß wir bei den Unternehmern eine Demokratie der Untertägigen haben. Man rechnet jetzt mit rund 4000 Kartellen. Jedes Mitglied dieser Preisbindungs-Organisationen glaubt seine Existenzberechtigung allein schon durch seine Mitgliedschaft beweisen zu haben. Viele dieser Kartelle sind aber nicht nur einzelne Preisvereinbarungen, sie beruhen ihre Macht in der ständischen Weise auch dann, wenn man von ihnen die einfachsten Formen des Geschäftsverkehrs einzuhalten verlangt. So hat kürzlich ein Kartell sächsischer Ausrüstungsanstalten ein Stickerunternehmen für ein ganzes Jahr boykottiert, weil dieses für verschmutzt zurückgelieferte Ware gewagt hatte — achtundzwanzig Mark Entschädigung zu verlangen.

Ein weiterer, sehr wichtiger Fehler unserer Wirtschaft ist, daß sie mit rein finanziellen Konstruktionen, die sich anmaßend Kongerne nennen, überbelastet ist. Viele der sogenannten Industriekongerne sind überhaupt keine organischen Produktionsysteme, sie leben nur zusammen, weil sich aus dem Hin und Herbewegen von Aktienpapieren zufällige Firmengruppierungen ergeben haben. Das hat zur weiteren Folge geführt, daß die Leitungsaufgaben in der deutschen Industrie heute außerordentlich hoch sind. Jeder beliebige Inhaber eines Aktienpapiers verlangt in den Aufsichtsrat aufgenommen zu werden und strebt danach, in den Vorstand der von ihm beherrschten Gesellschaften zu kommen.

Die Wirtschaftspolitische Abteilung des Deutschen Werkmeisterverbandes hat für 603 von der 800 an der Berliner Börse gehandelten Aktiengesellschaften festgestellt, daß sie während der jüngst vergangenen zehn Jahre die Zahl ihrer Vorstandsmitglieder (Direktoren, ohne stellvertretende Direktoren) von 1229 auf 1828 vermehrt hat. Nur ganz wenige Gesellschaften, so einige Betriebe im Schiff- und Baumgewerbe, haben Direktoren abgebaut. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder ist in den 603 erwähnten Unternehmungen von 1913 bis 1925 von 3985 auf 5587 gestiegen. Hier hat ebenfalls fast kein Abbau, dafür ein ungeheurer Aufbau der Aufsichtsräte stattgefunden.

Die erwähnten Aufsichtsräte erhalten heute die besten Vergütungen, auch dann, wenn die von ihnen beaufsichtigten Unternehmungen ohne Verluste bleiben. In den erwähnten 603 Aktiengesellschaften sind 1925 insgesamt 10,4 Millionen Mark feste Vergütungen an Aufsichtsräte gezahlt worden, obwohl 288 dieser Unternehmungen überhaupt keine Dividenden verteilt haben. Dabei ist zu beachten, daß üblicherweise bei Dividendenzahlung die Aufsichtsräte neben der festen Vergütung noch ihre Sonderantenne erhalten.

Angefaßt dieser rein finanzkapitalistisch eingestellten Herrschaft der Aufsichtsräte hat die Börsenspekulation ein ganz anderes Gesicht erhalten, als man von früher her an ihr kannte. In den jüngst vergangenen drei Monaten sind allein die Aktien der Gesellschaften, die an der Berliner Börse fortlaufend notiert oder auf Zeit gehandelt werden, im Kurswert um 3,7 auf 5,8 Millionen Mark hinaufgestiegen worden.

Der Bericht der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Werkmeisterverbandes, der in seinen rechnerischen Unterlagen dem Verbandstag schriftlich vorgelegt wurde, verlangt die größte Aufmerksamkeit der Delegationen. Hier wird aus Werkmeisterkreisen, die bisher allzu bescheiden zu den Veränderungen, die sich alle Tage vor ihren eigenen Augen abspielen, still verhalten und geschwiegen haben, schmänerisch und dokumentarisch belegt ausgeprochen, wie in Deutschland gewirtschaftet wird.

### Der sozialpolitische Tag.

Der zweite Arbeitstag des Kongresses galt der Sozialpolitik. Dazu hielt Dr. Croner, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Deutschen Werkmeisterverbandes, das grundlegende Referat. Besonders eindrücklich wurde die Wichtigkeit der betriebslichen Fragen noch dadurch, daß zu ihnen der am Kongress anwesende Vertreter des Reichsarbeitsministeriums für Angelegenheiten Dr. Rossmagel in seiner amtlichen Eigenschaft einige Erläuterungen gab.

Das Referat Croners formulierte die folgenden Gesichtspunkte: Die Sozialversicherung ist nichts anderes als ein Teil des Arbeitslohnes. Der Kampf gegen die Sozialversicherung ist ein Kampf um Gehaltsminderung. In der Krankenversicherung geht es um einen Ring um die Einkommensgrenze. Die Neubildung von Betriebskrankenkassen ist von den Betriebsräten zu verhindern. Besonders klar wird die neue Lösung auf dem Gebiet der Altersversicherung, nämlich die Festsetzung der bisher einheitlichen Altersrenten-Kinderrenten veranlaßt werden.

In der Angelegenheit der Altersversicherung sind die alten Forderungen des Arbeiterbundes auf Erhöhung der Leistungen immer noch nicht erfüllt, obwohl der Etat der Reichsversicherungsanstalt die Möglichkeit auf eine weitere Beitragserhöhung schloß. Auf dem Gebiet der Altersversicherung müssen die Angelegenheiten beachtet werden, von denen die vor 1922 beschlossene gemeinsame Angelegenheit betroffen sind. Ferner ist als weitere Aufgabe die Zeit der Arbeitslosigkeit einzuräumen, für die Beiträge nicht erhoben werden dürfen. Im Falle der Arbeitslosigkeit ist der Anspruch der Versicherung zu erheben. Die Beiträge der Arbeiter sind zu gewährleisten. Die Beiträge der Arbeiter sind zu gewährleisten.

verpflichtet in der Angelegenheit der Altersversicherung. Die indirekte Wahl zum Verwaltungsrat, d. h. die Vertrauensmänner als Wahlkörper, muß beibehalten werden. Neuerdings ist amtlich festgestellt worden, daß diese Forderung erfüllt wird.

In der Unfallversicherung erfahren die Fragen des Versicherungsfalles, des Aufbaues der Berufsgenossenschaften, die Definition des Begriffs Betriebsunfall eingehende Kritik. Zum Kapitel Unfallversicherung ist zu fordern, daß mehr Nachdruck auf die Durchführung des tatsächlichen Unfallfalles gelegt wird.

Die Besprechung der Erwerbslosenfürsorge führte zu einer energiegelichen Abrechnung mit dem Reichsarbeitsministerium. Dabei wurde Bezug genommen auf einen Artikel des Ministerialrats Weigert, der die gegenwärtige Höhe der Unterstufungssätze für wirtschaftlich und sozialpolitisch nicht unbedenklich erklärt hat! Es heißt, daß das ganze Ministerium verweigert ist, so daß man sich nicht wundern darf, wenn es den Erwerbslosen die notwendige Hilfe verweigert. Mit allen möglichen Mitteln hat man versucht, nach der durch den Afa-Bund erkämpften Einbeziehung der Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge sie wieder durch Verwaltungsmaßnahmen von der Unterstufung auszuschließen. Erst durch Einspruch des Afa-Bundes wurde diese Gesetzesverletzung verhindert.

Im Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes hat das Reichsarbeitsministerium gezeigt, wie wenig es bereit ist, den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer und besonders der Angestellten nachzugeben. Wieder soll eine Ausschließung der Arbeitnehmer mit einem Einkommen über 225 Mark im Monat erfolgen. Viele Bestimmungen des Entwurfs sind abzulehnen. So die über den Träger der Versicherung, über die Voraussetzungen für die Unterstufung, insbesondere über die Beibehaltung der Bedürftigkeitsprüfung und der Pflichtarbeit, über die Verlängerung der Anwartschaftszeit und über die viel zu geringen Unterstufungssätze, die für den Ledigen nicht mehr als 18 Mark in der Woche betragen sollen.

Bei der Diskussion über die Sozialbelastung haben die deutschen Unternehmer ihr wahres Gesicht enthüllt. Die Vorgänge in England zeigen, daß der Angriff der Unternehmer sich auf internationaler Basis vollzieht. Die englischen Gewerkschaftskollegen dürfen der vollsten Sympathie der deutschen Werkmeister gewiß sein.

Im Anschluß an das Referat erklärte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums für Angestellte namens des Direktors, daß das Verlangen des Afa-Bundes, den arbeitslosen Versicherten ihre Anwartschaft für die Zeit der Erwerbslosigkeit ohne irgendwelche Beitragsentrichtung aufrecht zu erhalten, von der Reichsversicherungsanstalt bei dem Reichsarbeitsministerium zur baldigen Bewirkung empfohlen wurde.

Weiter versuchte er, die Ihesaurierungspolitik des R. W. A. zu verteidigen. Es wurde ihm aber an der Hand der eigenen Jahresberichte nachgewiesen, daß sich die Ansammlung von Versicherungskapitalien gegenwärtig sozial nicht rechtfertigt. Bei konsequenter Durchführung des Umlageverfahrens hätte die heutige hohe Beitragssatz der Versicherten erspart werden können.

### Es geht vorwärts.

Salle, 27. April. (Eigener Bericht.) Die freigewerkschaftlichen Organisationen im Bezirk Sachsen-Anhalt haben trotz der fortgesetzten Wirtschaftskrise einen unverkennbaren Aufschwung genommen. In vielen Ortsausstellungen, wo bisher

## Wirtschaft.

### Der Roggenpreis wird „stabilisiert.“

Mit einem 30-Millionen-Kredit des Reiches aus Mitteln der Reichs-Großhandelskette.

Auf Beschluß des Reichstages sind aus Mitteln der Reichs-Großhandelskette 30 Millionen Mark zur „Stabilisierung“ des Roggenpreises zur Verfügung gestellt worden. Zwischen dem Reichsernährungsministerium und der Deutschen Getreide-Handels-G. m. b. H. wurden in den letzten Tagen Verhandlungen zwecks Aufbringung eines Kredits geführt. Die Verhandlungen haben mit Abmachungen geendet, wonach der Deutschen Getreide-Handels-G. m. b. H. 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Die Meldung muß einigermassen überraschen, da vor einigen Tagen in der agrarischen Presse öffentlich betont wurde, daß außer der eigens zum Zweck der Getreidepreissteigerung gegründeten Getreide-Handels-G. m. b. H. auch noch andere Stellen für den Kredit in Frage kommen sollen. Davon scheint man nun abgesehen zu haben und die Meldung in der agrarischen Presse ist nichts anderes als eine der bekannten Betrugsspielchen gewesen.

Besondere Würdigung verdienen auch die Bedingungen, unter denen der 30-Millionen-Kredit an die Deutsche Getreide-Handels-G. m. b. H. gegeben wird. Der Kredit soll auf drei Jahre zu einem Zinssatz von 1 1/2 Prozent laufen. Angesichts der ganzen Politik im Reichsernährungsministerium, die auf eine bestmögliche Preissteigerung abzielt, ist es ja schließlich in Ordnung, daß man die zu der Getreidepreissteigerung notwendigen Geldmittel loszulegen — soweit der Zinssatz in Frage kommt — versucht. Man hat die Deutsche Getreide-Handels-G. m. b. H. auch an anderen Stellen 15 Millionen Mark für ihre Zwecke aufgenommen. Wie es heißt, sollen dort private Geldgeber in Frage kommen. Interessant wäre es zu erfahren, welchen Zinssatz hier die Deutsche Getreide-Handels-G. m. b. H. zu zahlen hat. Wir sind überzeugt, daß die privaten Geldgeber der Deutschen Getreide-Handels-G. m. b. H. die spekulative Bedeutung des Kredits viel besser abgeschätzt hätten, als das Reichsernährungsministerium und daß sie ihr Geld nicht verkehrt haben.

### Staatsdarlehen für Giesche.

Die preussische Regierung teilt zu der Harriman- u. Giesche-Angelegenheit endlich mit, daß die angebahnten Verhandlungen zu folgendem Ergebnis geführt haben: Der Harriman-Kongress, der nach dem am 1. November 1925 mit der Bergwerksgesellschaft u. Giesches Erben abgeschlossenen Vertrag Anspruch auf die Ausbeute der Deutsch-Bleibharley-Felder hat, stellt die Ausbeute einer Fünftel zur Verfügung, die von Giesche in Deutsch-Oberschlesien errichtet wird.

Preußen hat sich in Verhandlung mit dem Reich auch bereit gefunden, Giesche das für den Bau und Betrieb der Fünftel erforderliche Kapital darlehensweise zu ermäßigten Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Die Sicherung des Darlehens soll durch geeignete Pfänder erfolgen. Ueber die Höhe des Darlehens wird nicht gesagt.

Als Gehalt für das Darlehen hat sich aber Giesche bereit erklärt, eine der preussischen Staatsregierung genehme Persönlichkeit in das Repräsentanten-Kollegium der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben einzunehmen. Die Person

die kommunistische Gewerkschaftsopposition vorherrschte und allein bestimmte, ist die Bewegung gesund. Im Regierungsbezirk Magdeburg ist eine Zunahme von 13.242 im Regierungsbezirk Merseburg eine solche von 16.015 und im Kreisstadt Anhalt eine Zunahme von 1874 Mitgliedern zu verzeichnen. Das macht zusammen eine Stärkung der Gewerkschaften in Mitteldeutschland um 31.131 Mitglieder aus.

### Zur Lohnbewegung in der ober-schlesischen Brauindustrie.

Wir erfahren, daß die Lohnverhandlungen in der ober-schlesischen Brauindustrie gescheitert sind. Bei Anerkennung des Schiedsspruches von 5,5 Prozent Zulage auf sämtliche Löhne werden nicht einmal die Löhne der nieder-schlesischen Brauereien erreicht. Im allgemeinen ist das Verhalten der ober-schlesischen Brauereien bei ihrem guten Geschäftsgang und Bezahlung hoher Dividenden nebst Abschreibungen, Zurücklegung von Reservefonds, Neuanfassungen usw. unverständlich. Die Brauereiarbeiterchaft Ober-schlesiens betrachtet die Lohnbewegung noch nicht als erledigt.

### Vor Massenentlassungen bei Donnersmarkt.

In der Donnersmarktgrube hat seit längerer Zeit der Kohlenexport so gewaltig nachgelassen, daß die gesamte Kohlenproduktion ausschließlich des für die Kohleengleberei erforderlichen Bedarfs auf Lager gestürzt werden muß. Sämtliche verfügbaren freien Plätze sind mit zehntausenden Kohlenbeständen überfüllt. Sollten die Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt keine Besserung erfahren, sieht sich die Verwaltung genötigt, die Kalkulation des letzten im Betriebe befindlichen Hochofens in Erwägung zu ziehen. Das würde eine erhebliche Einschränkung des Koksereibetriebes und der damit verbundenen Nebenprodukt-Anlagen, sowie eine Massenentlassung von Arbeitern, Angestellten und Beamten zur Folge haben.

Wie kritisch die Situation in der deutsch-oberschlesischen Eisenindustrie ist, beweist folgende Tatsache: Nachdem im März von den 15 bei Deutschland verbliebenen Hochofen des Industriegebietes nur je einer, nämlich auf der Donnersmarktgrube und der Juliengrube, in Betrieb waren, sind in der Osterwoche zwei Hochofen auf dem Borzigwerk und kürzlich ein weiterer Hochofen auf der Juliengrube angeblasen worden, sodas jetzt nun fünf Hochofen in Betrieb sind.

### Ein reaktionärer Beschluß.

Der schweizerische Nationalrat beschloß bei der Behandlung des neuen Beamtengesetzes mit allen Stimmen der Berechtigten, daß dem Staatspersonal die Teilnahme an einer Vereinigung verboten sei, die den Streik vorzieht.

### Die Sperre bei Villeroy & Boch aufgehoben.

Hiermit geben wir zur Kenntnis, daß die Sperre über die Baustelle Villeroy & Boch seit Montag, den 26. April, aufgehoben ist. Die von uns gewünschte Vereinbarung wurde erzielt, so daß damit der Streit als erledigt gilt. Damit ist auch die Arbeit für die Firma Brandt wieder frei. Die Sperre bewies trotz ihrer vierwöchentlichen Dauer, daß unsere Kollegen auch in der heutigen verdienstlosen Zeit sich nicht zu Streikbedrohungen verleiten ließen. Dies ist besonders erfreulich. Den Unternehmern im Baugewerbe wird dieses kleine Schammüßel die Lehre gegeben haben, daß der Baugewerksbund trotz aller Unfeindungen noch existiert. Die Ortsverwaltung.

lichter muß aber der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben angehören. Einfluß darauf, ob die Giesche-Politik sich in Zukunft im Einklang mit unseren volkswirtschaftlichen Interessen entwickelt, erhält Preußen dadurch natürlich nicht.

Die preussische Regierung dürfte wohl kaum annehmen, daß diese Lösung die Öffentlichkeit befriedigen wird.

### Der Einfluß des Staates auf die Industrie in den Vereinigten Staaten.

Die europäischen, vor allen Dingen die deutschen Unternehmer gefaßt bei ihrer Forderung, den Einfluß des Staates auf die Angelegenheiten der Industrie auszuschalten, darin, sich auf das Beispiel der Vereinigten Staaten zu berufen. Angeblich könne dort die Industrie frei schalten und walten, ohne daß sich der Staat in ihre Angelegenheiten einmische. Dies ist aber durchaus nicht der Fall. Selbst in den kapitalistischsten Vereinigten Staaten hat der Staat weitgehende Kontrollrechte über die Privatindustrie, und diese Tendenzen gewinnen ständig an Bedeutung. Es genügt, auf die Gesetzgebung gegen die Kartelle und Trusts hinzuweisen, die, wenn auch vielfach umgangen und von korrupten Richtern umhoben, in vielen Fällen dennoch eine recht weitgehende Kontrolle über die Industrie ausübt. Die sogenannte „Interstate Commerce Commission“ hat weitgehende Befugnisse zur Kontrolle der Eisenbahnen und der Schifffahrt im Interesse der Verbraucher. Erst kürzlich hat diese Kommission die geplante Fusion des südlichen Eisenbahnkonzerns Nidel Mate Co. mit anderen südlichen Eisenbahnen vereitelt, weil bei dem Zusammenschluß die Interessen der Aktionäre und der Besitzer von Obligationen nicht gewahrt worden wären. Dieses Vorgehen der Interstate Commerce Commission hat im übrigen eine Panik an der Börse herbeigeführt und einen allgemeinen Aktiensturz zur Folge gehabt, da die Kapitalisten fürchten, daß ähnliche staatliche Eingriffe in Zukunft häufiger erfolgen. Es soll noch darauf hingewiesen werden, daß amerikanische Bankiers ausländische Anleihen ohne die Zustimmung der Regierung nicht gewähren dürfen. Die Bankiers müssen ihre Absicht der Regierung anmelden, wo die Anleihen von der politischen, wirtschaftlichen und der Finanzabteilung geprüft werden, ehe die Zustimmung gegeben wird. So trat zum Beispiel bei der deutschen Kalk-Anleihe der Fall ein, daß die amerikanische Regierung dieser Anleihe nicht zugestimmt hat, mit der Begründung, daß das deutsche Kalk-Kartell eine Monopolstellung genieße, die es zum Schaden der amerikanischen Abnehmer mißbrauche.

### Die russischen Ausfuhrzölle.

Für die Erleichterung der Ausfuhr, die bekanntlich ein staatliches Monopol bildet, wurden in Rußland kürzlich für eine Anzahl von Ausfuhrwaren Ausschussdarlehen gegründet. Diese Ausschüsse beschäftigen sich nicht mit der Beschaffung der zur Ausfuhr gelangenden Waren, diese bleibt den dem Ausschuss angeschlossenen Organisationen, vornehmlich staatlichen Trusts und Genossenschaften, vorbehalten. Die Ausschüsse übernehmen nur den Verkauf dieser Waren. Ihnen liegt es auch ob, die angeschlossenen Organisationen mit den zur Beschaffung der Waren notwendigen Kreditmitteln zu versorgen, bzw. den Kredit zu vermitteln. Die Ausschüsse brauchen Kapital auch zu dem Zweck, den Abnehmern Kredite zu bewilligen. Im übrigen sind die Ausschüsse zur Kommunikation, weshalb ihre Einrichtung nicht zur Verkennung der Ausfuhrwaren führt. Das wichtigste Ausschussdarlehen besteht für die Holzindustrie, bei welcher die Schwierigkeiten infolge der Transportstörungen im Winter infolge der Verschleissheit der Holzstraßen und der Nachfrage am größten sind. Das Holzdarlehen ist mit einem Grundkapital von 15 Millionen Rubel und mit einem Betriebskapital von 25 Millionen Rubel ausgestattet. Neben ihm stehen das Ausfuhrdarlehen für Fleisch, das mehr als zur Hälfte von den angeschlossenen Genossenschaften beliefert wird. Ein Ausschussdarlehen für Kohle befindet sich in der Umrüstung bereits seit Jahren. Auch für Wolle und für Pelzwaren wurden Ausschussdarlehen gegründet, die aber nicht die zum Ausfuhr erhalten können, weil staatliche Organisationen durch Verträge zur direkten Lieferung an ausländische Käufer verpflichtet sind.



# Unterhaltung

## Der Meisterlügner.

Von Geo Clifford.

Sallo, Jungens, heute gibt es ein Meeting!  
Der kleine Stone konnte kaum reden vor Vach; — denkt  
der dicke Vater kommt, der dicke Vater mit dem sagenhaften  
genmaul! Der dicke Vater, der den Büffel mit den bloßen  
den gefangen hat...

Diese Kammissenz genügte, um einen Sturm hemmungs-  
ter Heiterkeit zu erwecken. Sie standen und sahen alle vor  
Holzgitterwerk, hinter dem die Boxen der Pferde begannen.  
und standen umher, sprachen von dem und jenem und  
gen ab, wieviel Stück Rindvieh der Besitzer der Ranch nun  
verkaufen werde, nachdem er heute morgens von einer  
Hofpartie bleich und verstört heimgekommen war. Es  
nicht zum ersten Male gesehen, und die braven Jungens  
standen es jedesmal wie einen persönlichen Affront, wenn  
einer verlustreichen Nacht am Poterische ganze Herden zur  
wandelten...

Aber alle Mutmaßungen und frommen Wünsche für den  
der Ranch, die in sinnreicher Weise darauf hinausliefen,  
das Poterische durch ein paar gediegene Knochenbrühe in  
nächsten Wochen unmöglich zu machen, verloben vor der  
ist des Scherzwortes: Vater, der den Büffel mit den bloßen  
den gefangen hat...

Sie kannten ihn alle, den rundlichen, unterlegten Burschen  
der Ranch da drüben jenseits der Schlucht, kannten seine un-  
erte Frechheit, Lügen aufzulösen, und verbannten seinem  
Latein manche fröhliche Stunde. Aber seit vier Wochen  
er nicht mehr in die Nähe des Gehöftes gekommen. Genau  
vier Wochen; seit dieser Zeit war nämlich Tobby Lyndal auf  
Ranch, der angeblich ebenso gut lügen konnte. Er hatte  
wische geliefert... Und seither mied der Wügentöng die Ranch;  
wollte sich offenbar keinem Vergleiche aussetzen. Oder, er war  
über beleidigt, daß jetzt ein anderer den Ruhm genoss, am  
den lügen zu können. Denn lügen ist nicht schwer. Aber so zu  
en, daß keiner der Zuhörer den Beweis für die Unwahrheit  
bringen kann — das ist eine Wissenschaft, in der man es  
etwas bringen kann, wenn man wochen- und monatelang  
etwas anderes zu sehen bekommt, als riesige Steppen, waldige  
den. Boxes, langgestreckte Holzgebäude und ein paar  
Merabden, die gleichfalls Fellhojen anhaben, ihr Pferd als das  
der Ranch erklären und in Stunden der Muße rein  
demisch Martiern erkennen, die sie dem Erfinder des Alkohol-  
botes in den Staaten zubekent...

Woh Vater wollte sich wieder einmal sehen lassen! Einem  
Jungen hatte er es zugerufen, daß er wieder einmal auf  
eine kleine Abendunterhaltung herübersehen wollte...

„Abendunterhaltung“ — das war eine Herausforderung  
Tobby Lyndal, bei Gott...

In der Einsamkeit dieser schlummernden Weiten zeitigt der  
zeitig manchesmal absonderliche Blüten. Heute abend würde  
keine Konkurrenz im Cassowaren oder Hindernisreiten geben,  
den einen Wettkampf im Stadion der Phantastie...

Sie freuten sich alle, die Burschen, wie die kleinen Kinder.  
war einmal ein wahrer Festtag, von dem man sicher noch  
mate lang auf der Ranch reden würde...

— Aber der Zug mußte aufgehalten werden, daran  
nicht zu rütteln. Was tun? Da fiel uns ein, daß vor  
hen auf der Hauptstraße ein Fyger entlieft war, weil durch  
den Blickschlag etliche Kinder gefallen waren und das Geleise  
legt hatten. Nun, was damals passiert war, konnten wir  
mal künstlich hervorgerufen. Der Alte schimpfte zwar, weil  
um jedes Stück Vieh leid tat, aber wir reheten ihm tüchtig  
und da gab er denn nach.

Siebzehn Stück talen wir ab und schleiften sie auf das  
Leise. Dann warteten wir. Durch diesen Berg von Fleisch  
ste nicht einmal der Südwestwind durchgepflügt...

Eine kleinere Pause trat ein, als Tobby Lyndal geendet  
te und mit unbeweglichem Gesichte verhartete...

Jetzt galt es, ihn „zur Straße zu bringen“, ihm zu beweisen,  
alles erledigt war. Head war der erste, der ihn mattzusehen  
urte.

Wann soll das gewesen sein, fragte er und kniff ein Auge  
Ich kann mich nicht erinnern, von dieser Eisenbahnkatastrophe  
gehört zu haben...

Wohl, kannst auch nichts gehört haben, meinte Lyndal jetzt  
entruftig. Denn der Zug war etwa 12 Meilen ostwärts ent-  
t und kam an diesem Abend nur nicht mehr. Und am nächsten  
egen schafften wir die Kadaver weg, weil der Vorsprung von  
st Stunden ja ohne unser Dazutun gewonnen war, —  
was war fein eingedockt, alle Achtung. Dem Jungen war nicht  
zukommen. Sie sahen alle und bemühten sich, möglichst harm-  
dreingusehen und nicht zu verraten, was sie dachten, denn  
hier eine bodenlose Aufschneideri vorlag, war ihnen allen  
und daran scheinbar glauben und für nain gelten wollte  
ner.

„Kaskuliere, daß nicht alle von der Wahrheit deiner Worte  
bezeugt sind,“ nahm jetzt der dicke Vater das Wort und streckte  
bebaglich aus. Sie sahen mir nicht darnach aus. Aber ich  
bebe dir. Denn unreinens, wir Leuten von der alten Zeit  
sen, was alles vorkommen kann, und sind nicht so rasch bei der  
nd mit dem Geschei „Lüge!“ wie irgendein Greenhorn...

Wie fein er das einleitete, der Hallunke. Der Fied sah und  
empfanden ihn wie eine persönliche Beleidigung. Warie,  
wollen wir den Weg nach Hause illuminieren...

Unserer hat manches mitgemacht, begann Vater wieder  
der Meise eines Säuglings. Wenn ich so zurückdenke an die  
da ich noch in den Bergen... da drüben in Wyoming war;  
ist mir einmal auch so eine sonderbare Sache passiert...

Er betrachtete seine kurze Peise mit großem Interesse und  
andern rückten auf ihren Plätzen umher. Jetzt kam sicher der  
du des Abends...

Ich hatte mein Haus hübsch hoch oben an einer maldischen  
one. Reichlich hoch über dem See. Die Gegend war wenig be-  
gen, kein Wunder, daß sich allabendl Getier bis in die nächste  
de der Annsiedlung wogte.

Da stand ich mal eines schönen Julivormittags im Walde,  
nicht weit vom Blockhause und suchte mir Beeren. Es ge-  
lechte mich einmal nach etwas besartigem, denn die viele  
schloßt nebst den Konserven hatte ich reichlich über. Das war  
weiter kein Kunststück, denn der Wald war voll fruchtüber-  
gener Sträucher. Wohllich, — halbvoll dürfte mein Kübel schon  
wesen sein und ich freute mich auf den Genuß — häre ich hinter  
eine Art Schnauben — ich blide hinaus und weiß: jetzt kann  
Knochen splitter geben! Denn da stand eine Bärin mit zwei  
ungen, hob sich plötzlich auf die Hinterfüße und machte gerade-  
as auf mich zu. Ich reißte den Revolver heraus, drückte los —  
habe ich das andere ebenfalls getroffen; da lagen sie beide...

Ich hatte immer Patronen mit verstärktem Stahlmantel in  
der Trommel, erklärte Vater mit einer Unschuldsmiene, als  
wollte er zur Einsegnung gehen...

Na also, ich sah, diese famose Doublette, die ich da geschossen  
hatte, konnte mein Tod sein. Denn einer Bärin so ohne Form-  
lichkeit beide Kinder vor der Nase wegzunehmen, das mußte bei  
Ihr böses Blut machen. Und machte es auch. Im nächsten  
Augenblick war sie hinter mir her. Ich auf einem halbhohen  
Baum oben. Das Vieh kletterte mir nach wie ein Affe. Ich  
spränge zu einem andern Baum über. Das Vieh hinter mir her.  
So turnten wir längere Zeit durch den Wald, immer ein paar  
Fuß über dem Boden. Da nahm ich mit einem richtigen Schwung  
und sauste los, — geradewegs vom Baume weg auf die frei-



## König und Bauer.

Als der König zog zum Kriege,  
Spielten Pauken und die Zinken  
Ihm zur Rechten, ihm zur Linken,  
Ihm zur Freude, ihm zum Siege...

Als der Bauer zog zum Heere,  
Traufte auf die weiße Heide  
Und der Felder goldne Aehren  
Ihm zur Sehnsucht, ihm zum Leide...

Und im Kriege gibt's Granaten,  
Menschen fallen wie die Saaten,  
Und die Könige Ruhm erwerben  
Und in Ruhein Bauern sterben.

Jahnen flattern adlerkräftig,  
Kreuze kniffen an der Mauer...  
Eine Kugel traf den Bauer  
Und der König fühlt sich prächtig...

Bei dem Einzug durch die Tore  
Ram das Morgenrot entgegen,  
Glocken rühnten rings im Chore  
Ihn, den größten der Strategen.

Als man grub ein Loch dem Bauer,  
Traufte es in den weiten Wäldern,  
Und im Glockenton der Trauer  
Sangen Lilien in den Feldern...

Maria Konopnitsa (1846—1910).  
(Aus dem Polnischen übertragen von Leo Roskella.)



Halbe hinaus. Ich glaubte, die Bärin würde sich da weniger  
leicht tun, auf dem Steingeröll. Aber das Satansvieh sprang  
auch von Etage zu Etage wie ein gelernter Goldgräber... so  
ging das fort... Jungens, ich sage euch, es war ein inoffizielles  
kennen um den Lebenspreis. Ich immer Erster seit dem Start,  
die Bärin knapp weite hinter mir... einmal überschlug sich  
das Tier, fiel kopfüber hinab und stolperte an mir vorbei, der  
ich mich kaum an einem Felsbrocken selbsthalten konnte. Im Worbe-  
rutschen hauchte das Satansvieh noch nach mir. Aber ich stieß  
Ihr mit dem Fuße, weil ich doch die Hände zum Festhalten  
brauchte, in die Aehelhöhle, und weiß Gott, war das Tier an  
dieser Stelle besonders empfindlich, kurz, sie ließ locker und rollte  
weiter. Da ließ auch ich los und schlug einen riesigen Haken durch  
den Wald und strebte der drüheren Richtung zu. Da ging es  
nämlich steil hinunter zum Devils-Lake. Das wußte ich, und  
darauf baute ich meinen Plan... Richtig, wir kommen fast  
gleichzeitig beim See an und ich kaufte auch schon mit dem Auf-  
gebote meiner letzten Kräfte hinaus auf die spiegelglatte Fläche.  
Das Eis trug mich famos, denn es war grimmig kalt, wie seit  
vielen Jahren im Dezember nicht mehr. Und ich hatte richtig  
kaskuliert. Die Bärin saust mir nach, kührt, überschlägt sich und  
rückt unaußhaltbar weiter, so viel Schwung hatte das Vieh.  
Da hatte ich die Möglichkeit, meinen Revolver wieder zu ziehen  
und da kriegte sie dann den Schuß. Sie war sofort tot...

„Weißt du, old boy, Lügen ist ja recht schön, aber so  
die...“  
„Oben hast du Beeren gepflückt und unten war der See  
zugefroren, weil es Dezember war?“  
Totenkille. Sie sahen alle wie angemauert. Aber Vater  
lächelte milde.

„Gewiß mein Junge. Oben war es Juli. Und unten  
Dezember. Denn das verdammt Bleib von einer Bärin hat mich  
geschlagene sechs Monate vor sich her gejagt...“  
Der dicke Vater hielt den Ehrentitel „Der Meisterlügner“...

(Autorisierte Uebersetzung  
von Dr. Fritz Jozef und Siegfried Bernfeld, Wien.)

## Die Kassetten.

Anekdote von Lene Boigt.

Es war ein junger Dichter, der erbt eines Tages von  
seiner alten Tante außer einem Schaufelstiel und einer Hänge-  
lampe eine Geldkassette. Da er (natürlich) weder Schaufelstiel  
noch Latte besaß, barg er darin die Zeitungsausschnitte seiner  
Berle. Abends, nach dem Schlafengehen, legte er sich dann  
in den Schaufelstiel, nahm die Kassetten auf den Schoß und zählte  
in stiller Beharrlichkeit seine Belege.

Dies beobachtete schon seit geraumer Zeit Manzig, ein Be-  
zugsstiel. Der starrte, als der Jüngling einmal irgendwo mit  
irgendwem im Mondschein schwärmte, dessen Behauptung einen  
Pfrüßelstiel ab und klatzte die Kassetten.

Wie er dann draußen im Buch beim Schein seines  
Laternenschein die vermeintlichen Banntexte korrigieren wollte  
und dafür des Dichters Strophen vorfand, packte ihn eine heillose  
Wut. So eine Gemeinheit war ihm in seiner ganzen Praxis  
noch nicht begegnet.

Wenger will sich austoben. Also perforte Manzig unter  
passenden Begleitworten die Ausschnitte in kurz und keine  
Stücken.

Dann aber folgte beängstigend die Reaktion. Was für  
ein armer Hund mußte doch das sein, der an Stelle von Ged-  
einer Zeitungspapierchen sammelte und sie auch noch jeden  
Abend zählte! Sollte man denn nicht mal in kleine Kreuze machen?  
Wahrscheinlich, wenn man sich nicht aus dem Futter seiner Kasser-  
müße einige Markheute und verkauft sie in die Kassetten, schick  
dann hurtig des Weges zurück und klappt sich — nicht ohne  
die Kassetten mit sich zu nehmen.

## Die Marxsche Lehre vom Klassenkampf.

Von Max Adler.\*)

Die menschliche Gesellschaft hat, so lange sie nicht sich auf  
bewußt solidarischer Grundlage organisiert, zur keine andere  
Form der Existenz als die des Kampfes ihrer verschiedenen  
Interessengruppen. Und indem diese gegenseitlichen Interessen in  
letzter Linie in der Art des wirtschaftlichen Daseins der Menschen  
begründet sind, also ob sie als Herren über die Arbeit von  
Menschen gebieten, die ihre Sklaven werden, oder ob sie als  
Grundbesitzer ihre freien Mitbürger vom Genuß des Bodens aus-  
schließen, oder ob sie als Städter zu den Bauern in Gegensatz  
geraten usw., kurz, indem diese gegenseitlichen Interessen zu  
Klassengegensätzen werden, wird der Klassenkampf zur  
Daseinsweise der bisherigen Gesellschaft. Die  
Gesellschaft ist keine ruhevolle Verbundenheit der Menschen, keine  
friedvolle und ein für allemal fertige Tatsache, sondern vielmehr  
ein geschichtlicher Prozeß, in dessen Anfängen wir immer noch  
stehen und so lange stehen werden, als der Klassenkampf ihr  
einziges Organisationsmittel ist.

In diesem Kampfe wird schließlich immer ein Punkt erreicht,  
wo der Widerspruch zwischen den bestehenden Produktionsverhält-  
nissen und den eine andere gesellschaftliche Ordnung bereits  
ermöglichenden Produktionskräften eine solche äußerste Spannung  
erlangt hat, daß die Gesellschaft selbst zerstört werden müßte,  
wenn sie nicht ihre eben herrschende Gestalt ändert. Die Gesell-  
schaft kann aber nur mit den Menschen zugleich untergehen, und  
deshalb endet dieser Widerspruch jedesmal nach mehr oder minder  
blutigen Kämpfen mit der Herstellung jener neuen Lebens-  
verhältnisse, welche der Grad der erreichten Entwicklung der Pro-  
duktionskräfte zu ihrer gesellschaftlichen Anwendung verlangt. Es  
wächst und vergrößert sich die Bergesellschaftung  
durch den Klassenkampf; der Sieg einer unterdrückten  
Klasse muß jederzeit zugleich als ein Sieg der Moral, des Rechts  
und der Vernunft ergehen, da all dies ja nur ideale Ausdrücke  
für die Beseitigung ebenso vieler tatsächlicher Schranken sind, die  
sich als ethische, rechtliche und vernünftige Mängel der bestehenden  
Organisation der Gesellschaft darstellen. Der Klassenkampf wird  
so zum Behikel des gesellschaftlichen Fortschrittes und zum Voll-  
strecker jenes gewaltigen Kulturwertes, das bei Hegel der  
dialektische Selbstwiderpruch der Vernunft zu leisten hatte. Hier  
aber ist es keine mythische Weltvernunft, welche die Geschichte der  
Menschheit schließlich zum besten ausgehen läßt; das Ver-  
nünftige ist vielmehr nichts anderes als das  
weitere, umfassendere Soziale, das nicht aus einer  
jenzeitigen Welt, sondern aus den gesellschaftlichen Lebens-  
bedingungen der Menschen mit schließlich unüberwindlicher Gewalt  
herdortwächst.

Mit dieser Einsicht in den wunderbaren Mechanismus der  
Geschichte ist ein entscheidender Punkt nicht nur in unserer  
theoretischen, sondern auch in unserer praktischen Stellungnahme  
zum sozialen Leben gesetzt. Denn wenn aus dieser Geschichts-  
auffassung sich die große Erkenntnis von Marx ergibt, daß die  
Menschheit sich immer nur Aufgaben stellt, die sie lösen kann,  
weil, wie Marx sagt, genauer betrachtet, sie stets finden wird,  
daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Be-  
dingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im  
Prozeß ihres Werdens begriffen sind, so folgt hieraus umgekehrt,  
daß sich aus der Kenntnis dieser materiellen Bedingungen, aus  
der wissenschaftlichen Erforschung ihrer Natur und ihres Zu-  
sammenwirkens, ebenso auch die Aufgaben erkennen lassen,  
welche die Menschheit in dieser besonderen Situation sich not-  
wendig wird stellen müssen, und die Mittel, die sie zur Lösung  
dieser Aufgabe zu ergreifen hat.

So ergibt sich eine überwältigende Bereicherung unseres  
theoretischen Besitzes durch den Zuwachs einer Sozialwissenschaft,  
die mit ihrer das gesellschaftliche Leben ausgleichenden Technik  
noch wunderbare Werke ausführen wird, als die schon märchen-  
haften der naturwissenschaftlichen Technik, weil sie, nicht bloß im  
Weiteren wirkend, in ihrer neuen Welt auch neue Menschen er-  
stehen lassen wird. Und diese ganze Höherentwicklung zu einem  
Zeitakter wirklicher gesellschaftlicher Kultur, dessen Anfänge in  
der Gedankenwelt von Karl Marx ihren ersten machtvollen Aus-  
druck fanden, ist nur möglich, weil — ganz in Konsequenz der  
materialistischen Geschichtsauffassung — in ihr sich zugleich die  
Tatsache dokumentiert, daß die wirtschaftliche Entwicklung des  
sozialen Lebens selbst bereits bis zu dem Punkt geführt hat, von  
dem aus sie ohne bewußte Regulierung und Lenkung nicht mehr  
weiter gelangen kann. Die theoretische Erkenntnis der  
marxistischen Sozialwissenschaft mit ihrer Konsequenz einer wissen-  
schaftlichen, das heißt von theoretischer Erkenntnis geleiteten  
Politik, ist selbst nur ein notwendiges Resultat des jetzt, das heißt  
in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, erreichten Standes  
der gesellschaftlichen Produktionskräfte und ihrer Klassengegensätze.  
Denn indem die Entwicklung der modernen Technik bereits die  
reale Möglichkeit einer genügenden und sogar reichlichen Be-  
dürfnisbefriedigung der Gesamtheit gestattet, vorausgesetzt, daß  
die Produktion ökonomisch von der Gesamtheit und für sie geleitet  
wird, erscheint jetzt zum erstenmal der Klassengegensatz nicht mehr  
als eine Bedingung gesellschaftlicher Entwicklung, sondern im  
Gegenteil als die Schranke ihrer bewußten und planmäßigen  
Organisation. So wird im Lichte dieser Erkenntnis das Klassen-  
interesse der unterdrückten Klasse des Proletariats auf die Be-  
seitigung jeglicher Klasseninteressen überhaupt und auf die Her-  
stellung einer klassenlosen Gesellschaft gerichtet. Das alte, ewig  
wiederkehrende Gesetz des Klassenkampfes treibt gerade durch seine  
eigene Konsequenz, durch das Eigeninteresse der Letzten und zahl-  
reichsten Klasse, des Proletariats, zur Aufhebung aller  
Klassengegensätze, zur endlichen Konstituierung einer  
einheitlich interessierten, menschlich solidarischen Gesellschaft. In  
dem Kampfe des Proletariats, sobald es von dieser Erkenntnis  
durchdrungen ist — und daß dies immer mehr geschieht, ist selbst  
wieder eine geschichtliche Notwendigkeit — im Kampfe der aus der  
dieser Erkenntnis hervorgehenden politischen Stellungnahme der  
Sozialdemokratie vollzieht sich vor unseren Augen also etwas viel  
Größartigeres und Unvergänglicheres, als diejenigen auch nur  
ahnen, die mit der Oberflächlichkeit und Voreingenommenheit  
der bürgerlichen Politik die Sozialdemokratie nur als eine  
politische Partei unter anderen Parteien betrachten. Es vollzieht  
sich hier das Werden einer Organisation der gesellschaftsbildenden  
Kräfte, die Ueberführung der Gesellschaft aus dem Stande ihrer  
bisherigen Zerrissenheit in den ihrer endlichen Einheit, aus der

\*) Im Berliner Verlag J. S. W. Die z erscheint neben die  
dritte, verbesserte und vermehrte Auflage von Professor Max  
Adlers berühmter Schrift „Marx als Denker“. Sie  
bietet jedem, der sich einmal selbst an einer kritischen Marxscher  
Schriften versucht hat, die Klarheit und schärfste Einsicht  
in die bekanntlich nicht ganz einfache Denkweise des großen Be-  
gründers des wissenschaftlichen Sozialismus. Der fruchtbarste Haupt-  
gedanke des Verfassers (die Lehre von der Bergesellschaftung des  
Denkens) kommt vielleicht in diesem Buche klarer als in anderen  
Werten seiner Feder zur Darstellung. Die schwierigeren Fremd-  
wörter werden bei ihrer erstmaligen Anwendung meist im Text  
noch einmal deutlich umschrieben. Sie könnten vielleicht noch voll-  
ständiger für einfache Leser erklärt werden. Leider ist die neue  
Ausgabe mit einer besonders reichlichen Fülle von Druckfehlern ver-  
sehen, die den Wert der schönen äußeren Ausstattung vermindern.  
Wir geben als Textprobe mit kurzen Kürzungen das Kapitel  
zum Klassenkampf aus der Schrift wieder.



